

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, 18 durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 RM., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6992.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

18.

Breslau, Dienstag, den 22. Januar 1895.

6. Jahrgang

Welch' ein Wechsel der Zeiten.

B. G. Unter der Ueberschrift „Anreizung zum Klassenkampf“ veröffentlicht die bekannte Berliner Wochenschrift die „Gegenwart“ an der Spitze einer ihrer neuesten Nummern einen Artikel, der nachzuweisen bestimmt ist, daß das augenblicklich in der Umsturzcommission befindliche Kampfgesetz gegen die Socialdemokratie nichts mehr und nichts weniger darstellt, als das Gegenteil von dem, als was es sich darstellen sollte, nämlich kein Abhilfsmittel gegen den überall in unserem Staat und in unserer Gesellschaft herrschenden Klassenkampf, sondern vielmehr eine Anreizung zum Klassenkampf.

Daß eine bürgerliche Zeitschrift, und zwar eine, welche schon öfter bewiesen hat, daß sie von Socialpolitik etwas versteht, solch einen Nachweis zu führen magt und im Stande war, ist im hohen Grade beachtenswert, und wir würden eine Pflicht zu veräumen glauben, wenn wir von den fraglichen, bedeutungsvollen Ausführungen der „Gegenwart“ den Lesern nicht das Wesentlichste mittheilen würden.

Der Socialpolitiker der „Gegenwart“, der sich Sisyphus unterzeichnet, schreibt:

„Mit einem großen politischen Kampfgesetze ist die Regierung auf den Plan getreten. Waffen, die man in der politischen Kammern längst verrostet glaubte, sind von neuem hervorgeholt und frisch aufgezückt den Volkvertretern „zur Wahrung der unteren wirtschaftlichen, sittlichen und politischen Institutionen“ überreicht. Kein halbes Jahrzehnt ist vergangen, daß ein junger Kaiser im Vertrauen auf die eigene Kraft trotz ein groß angelegtes (?) Arbeiterprogramm in die Welt hinausantete, das von der niederen Schichten als

das „große Wort des Jahrhunderts“ mit Jubel aufgenommen wurde (?); daß ein junger Kaiser die Mächte aufforderte mitzuarbeiten an einem Werk, das mit friedlich verhörendem Glockenschall die wilden socialen Kämpfe allmählich zur letzten Ruhe bringen sollte. Damals glaubte man das langersehnte „social Kaiserthum“ sei gekommen. Das erlösende Wort war gesprochen, und mit Bewunderung blickte man zu den jungen Fürsten (impor, der vom Königsthron aus das Banner der Freiheit und Gleichheit über die europäischen Lande gewaltig zu entfalten gewagt hatte.“

Nach diesem in unserer jetzigen Umsturzzeit nur noch komisch wirkenden Jubelgesang, der allerdings auch nur dazu da ist, den Contrast zwischen den Socialreformhoffnungen der jüngsten Vergangenheit und der biteren Wirklichkeit der verfehlten Umsturzbestrebungen in der Gegenwart möglichst scharf hervortreten zu lassen — fährt Sisyphus fort: „Welch ein Wechsel der Zeiten! Wie dumpfer Kanonenschlag donnerte die Rede des Kaisers von Königsberg in die ahnungslosen Massen. Auf zum Kampf! Gegen die Parteien des Umsturzes! Für Religion, für Sitte und Ordnung! Auch diese Worte ahmen die Kraft und das Selbstbewußtsein, wie es einem Manne an der Spitze eines großen Reiches ziemt. Aber wie ganz anders ist der Geist, der aus ihnen spricht. Verwundert richtet sich der ruhige Philister aus dem Winterschlaf, in dem er seit dem Bismarck von 1892 und dem Kagenjammer des Nachjahres sorglos verfallen ist. Auf. Aengstlich blickt er um sich und sucht die dunklen Feinde, die ihm sein Kaiser gekühdet. Anarchisten kennt er nur aus den französischen Specialcorrespondenzen seiner Zeitung. In Deutschland hat er sie noch nicht gesehen. Aber doch fühlt er, wie der Boden unter ihm wankt und

weicht. Die Wählerleien und Unterminirungsarbeiten müssen längst begonnen haben, geheimnißvoll und im Stillen, wie es eben Gewohnheit des Umsturzes ist. Wen will es wunborn, wenn nächstens sein eisernes Spind in die Luft geht, und seine schönen Coupons ein Spiel der Flammen und der Winde werden?“

Nach diesen vorbereitenden Ausführungen faßt der Verfasser sein Urtheil über die Umsturzvorlage in wenigen Sätzen zusammen, die eine Beurtheilung bilden so scharf, so schneidig und so richtig, daß unsere Leser damit einverstanden sein werden, wenn wir wiederholen: dieses Urtheil verdient in einer socialdemokratischen Zeitung ohne Commentar abgedruckt zu werden. Die betreffenden Sätze lauten:

„Das Spiel hatte ein Ende. Das große Gesetz war erlassen, und kam in die Umsturzcommission zur Berathung. Acht Strafparagrafen und ein Presbparagraph füllten es aus. Sehen wir genauer zu, so sind es dieselben Mittelweidmissethungen und Hausmittelchen, mit denen man bereits in den Jahren 1875 und 1876 die fränke Volksseele zu curiren versucht hatte, und das Ganze ist nichts anderes, als eine slavische Copie der sogenannten Septembergesetze unseres westlichen Nachbarreichs aus dem Jahre 1834. Wer die Richtung, in der sich die Gesetzgebung des Deutschen Reiches in den letzten Jahren bewegt, auch nur mit geringer Aufmerksamkeit verfolgt, den darf die Thatsache, daß man auch hier wiederum den Strafrichter zum Weltverbesserer erhebt, daß man mit Zuchthaus- und Gefängnißstrafe die Grundlagen unseres wirtschaftlichen und nationalen Zusammenlebens zu festigen unternimmt, nicht Wunder nehmen. Nicht deutlicher wohl kann sich die Kurzsichtigkeit und Hilflosigkeit, unter der die heutige Regierung zu leiden hat, erweisen, nicht trostloser zugleich

Maulwürfe.

Roman von Nicolaus Krauß.

[Nachdruck verboten.]

Vor Gylas Auge stand das anheimelnde Bild des freundlichen Zimmers, als er zum ersten Male Linsers Behausung betreten. Jetzt erschien ihm die Wohnung so fremd wie das veränderte Gesicht des Freundes.

Netty stieß die oberen Flügel eines Fensters auf, um frische Luft herein zu lassen. Dann setzte sie sich neben Gyla, ihrem Bruder gegenüber, dessen Blick über die Dielen dahinglitt. Endlich begann er zu erzählen, mit eintöniger Stimme, als lägen die Ereignisse ein Menschenalter zurück. Während er sprach, strich er mit der Hand in einemfort über die Tischfläche. Bei Kindern trifft man diese Handbewegung öfters, wenn sie ein Gedicht oder eine Aufgabe einlernen.

Nach Dir kam Soikar; er hatte bald die Leitung der Partei vollständig in der Hand und warf uns Alle hinaus, als wären wir räudige Hunde. Ich wäre auch so nicht mehr geblieben, es ging mir Alles zu schnell. Die ganze Bewegung artete in eine geheime und öffentliche Raubjagd mit der Polizei aus. Die Zeitung wurde seit jedesmal confiscirt, überall gab es Streit und Hader, selbst in der Partei. Das Programm wurde geändert.“

„Vergott und alle Teufel!“ fluchte Gyla. Linsers fuhr fort in seiner einformigen Weise, als hätte er nichts gehört. Die Worte fielen über

seine Lippen wie die Tropfen aus einer übervollen Dachrinne.

„Seit Montag geht's zu Ende. Sonnabend war eine Versammlung der Schuhmacher; sie wurde polizeilich aufgelöst. Sonntag früh wurde gehausucht. Im Besesszimmer, hinter dem Piano, fand man eine Menge Zeitungen und Broschüren: „Freiheit“, „Rebell“, „Stiebers Verdruß“ und andere.

Die Polizei schloß das Local und beschlagnahmte die Kasse, aus welcher die Unterstützung an die kranken und arbeitslosen Mitglieder gezahlt wurden. Während des Sonntags wurde der Vorfall herumgesprochen. Am Montag machten alle Schuster „blau“.

Gegen Abend versammelten sich einige Hundert Schuhmachergesellen und andere Arbeiter vor dem geschlossenen Genossenschaftslocal, um gegen das Vorgehen der Behörde zu protestiren.

Im Handumdrehen war die ganze Kaiserstraße voll Neugieriger, Lehrbuben und Gassenjungen. Kopf an Kopf stand die Menge, schrie, brüllte und fluchte; die Lehrbuben piffen, die Weiber schluchzten und jammerten; es war ein Höllenspektakel.

Gestern früh erließ der Magistrat eine Bekanntmachung: die Läden sollten um acht Uhr gesperrt werden, den Hausherrn und Meistern wurde aufgetragen, ihre Hausgenossen, Gesellen und Lehrbuben zu Hause zu behalten. Das war rein für die Raß. Dadurch wurde die Sache erst recht in der ganzen Stadt bekannt.

Am Abend warteten am Neubau zehn Mal so viel

Menschen, wie am vorhergegangenen Tage auf das Erscheinen der Schuster. Sie kamen, und mit ihnen eine ganze Rote von schreienden, pfeifenden Teufelsbuben.

Es betheiligten sich Leute aus allen Lebensstellungen an dem Krawall; es war, als hätten sie alle einen Kausch. Ich selbst sah einen kupfernasigen Milchmeier in weißer Schürze, er schrie in einemfort: „Hurrah! Hoch! Vorwärts! Hurrah!“ bis sein Hals und sein Gesicht so blau waren wie seine Nase.“

„Und Soikar?“ keuchte Gyla; seine Hand spielte mit dem Hute, als wollte er im nächsten Augenblicke auf die Gasse stürzen.

„Hat sich bei Zeiten halbiert. Ueber der Stadt schwebt der Schrecken und schleudert seine Pfeile. Unsere Hausfrau hat die besten Sachen in den Keller geschafft; das Dienstmädchen lehnt es ab, das Haus zu verlassen.“

Linsers war mit seinem Bericht zu Ende. Gyla hatte sich erhoben.

„Was willst Du thun?“ frug der Schloffer, und richtete sein irrendes Auge wie stehend auf den Freund. „Was ist zu thun? Die Arbeit von zehn Jahren ist vernichtet, die Partei zersprengt, Alles verloren. Es ist Alles aus, Alles. Was willst Du thun, welchen Rath giebst Du?“

„Sehen!“ sagte Gyla und schritt nach der Thür. Netty trat ihm entgegen und sprach mit völlig ruhiger Stimme:

„Wo willst Du hin? So überlege doch nur, Paul,

die Aussicht auf ein inneres sociales Reformwerk abge-
schritten werden.“

Nur das Eine sei hinzugefügt: wenn der Regierung
alle Schuld dafür, daß die Umsturzgesetzworlage so und
nicht anders ist, allein in die Schuhe geschoben wird,
so ist das eine Ungerechtigkeit. Die Regierung ist die
Dienerin der herrschenden Klassen; so wie diese sind,
was diese zu leisten vermögen, das und nichts anderes
zeigt sich in den Leistungen der Regierung. Besser
konnte die Regierung den Gesetzentwurf zur Bekämpfung
der Umsturzgefahren nicht machen, weil der Wig der
capitulistischen Gesellschaft nicht weiter reicht. Nur
noch viel schlechter hätte sie es machen können; wie
schlecht, das lehrt die unsterbliche Rede des Königs
Stumm bei der Verathung der Umsturzvorlage — so
beschränkt, wie dessen Umsturzgesetz werden würde, und so
brutal ist alles, was bisher geleistet worden ist, denn
doch bei weitem noch lange nicht.

Im Uebrigen bleibt es dabei: wir haben nichts
weiter zu dem Urtheil der „Gegenwart“ hinzuzusetzen.

Politische Rundschau. Deutschland.

— Der Kuhhandel ist im besten Gange. Wie
in Centrumskreisen verlautet, hat man Anhaltspunkte
dafür, daß die Regierung eine freundlichere Haltung
zu dem jüngst vom Reichstage angenommenen Jesuiten-
antrag einnimmt. Nun geht es also hand-in. Ein
Berliner Blatt schäpft spöttisch die Aufhebung des
Jesuitengesetzes gleich dem Werthe von zwölf neuen
Kauzschiffen. Ein feines Geschäft, nicht wahr?
Auch der Versuch des Centrums, die Verathung der
Umsturzvorlage in der Commission auf ein paar Wochen
zu vertagen, wird mit Recht dahin ausgelegt, daß man
Zeit gewinnen wolle für das Schachergeschäft. Das
kann nett werden! Den Preis zahlt natürlich das
deutsche Volk und zwar in immer höheren Steuern
wie im Verluste seiner letzten politischen Rechte und
Freiheiten.

— Der Lutanus geht wieder um! Der „Reichs-
Anzeiger“ dementirt die Nachricht, daß der Handels-
minister von Delpich, ebenso wie die Herren von
Boetticher und Marschall sehr bedenklich wackeln, ganz
energisch, ein Umanand, der zeigt, daß wieder etwas
„vorgeht“. Ob Herbert Dismard nicht am Ende be-
rufen sein wird, nächstens wieder einmal in bekannter
Gemaltheit eine politische Rolle zu spielen?

— Für neue Marineforderungen macht man zur
Zeit überaus eifrig Stimmung. Ein Officius
schreibt:

„Am dem „Mangel an Kreuzern“ vorläufig abzu-
helfen, beabsichtigt die Marineverwaltung, einer Privat-
Gesellschaft gehörige Schnelldampfer zu chartern (mieten),
um sie auf die Dauer eines halben Monats für den Auf-
und Abbruchdienst zur Verwendung zu
bringen. Der Versuch würde die Regierung 150,000 Mk.
kosten.“

Der Bibliothek des Reichstages ist, wie man
Berliner Blättern schreibt, eine ganze Anzahl Zeich-
nungen von verschiedenen Kriegsschiffen neuer Con-
struction zugehen, die sämmtlich vom Kaiser an-

gefertigt wurden und zwar, wie man sagt, ausdrücklich
für den Reichstag. — Ob's was helfen wird?

Die armen Volksschullehrer. Wie bürgerlich.
Blätter melden, ist in den Kreisen der Volksschullehrer
in letzter Zeit der Gedanke ventiliert worden, ob es sich
empfehlen würde, in Sachen der Besoldungsfrage eine
Deputation an den Kaiser zu entsenden. Wie die
„Preussische Lehrerzeitung“ mittheilt, haben sich in
einer Sitzung des Vorstandes des Landesvereins preussischer
Volksschullehrer 39 Stimmen gegen, 2 Stimmen
für eine Abordnung an den Kaiser ausgesprochen.
Diese Abordnung hätte unseres Erachtens auch wirklich
nicht viel bezwecken können, es ist in der That kein
Geld für eine höhere Besoldung der Volksschullehrer da,
solange das bestehende System des Militarismus die
finanziellen Quellen des Reiches und der Einzelstaaten
erschöpft. Am besten für die Herren Lehrer wäre es
unseres Erachtens, wenn sie — Socialdemokraten
würden.

Nitterliche Kampfesweise. In Dortmund ist ein
junger 21-jähriger Mann wegen eines sogenannten
„Dynamit-Attentats“ zu zehn Jahren Zuchthaus ver-
urtheilt worden. Auf die Frage des Präsidenten soll
der Jüngling erklärt haben: „Ja, ich bin Social-
demokrat; aber Anarchist bin ich noch nicht.“ Dieser
Vorgang regt die „Kreuz-Zeitung“ zu folgender Be-
trachtung an:

„Der Vorgang, sagt sie, sollte doch auch den
Blödesten die Augen öffnen, wohin wir steuern, wenn
nicht bald den Behörden schärfere Mittel in die Hand
gegeben werden, mit denen sie den socialdemokratischen
Bestrebungen nachdrücklicher als bisher entgegenzutreten
können, und was es mit der Behauptung der Social-
demokraten auf sich hat, daß die Gesellschaft allmählig
in den Zukunftskreis hineinwachsen würde. Die social-
demokratische „Reinlich-wirtschaftliche Arbeiter-Zeitung“
sucht natürlich den „Genossen“ Welter zu verleugnen,
und dasselbe werden voraussichtlich die socialdemo-
kratischen Vertreter im Reichstag auch thun. Nachdem
aber Welter bekannt hat, daß er Socialdemokrat, aber
noch kein Anarchist sei, nachdem festgestellt ist, daß er
mehrere Monate bei den Führern der Unna'er Social-
demokraten gewohnt hat, und daß diese um sein ver-
brecherisches Vorhaben gewußt haben, da wird es nicht
gelingen, Welter von den Hochthölen abzuschießen.“

Der „Vorwärts“ bemerkt treffend zu diesen schollen
Unterstellungen:

„Das ist so recht die Kampfesweise der Kämpen
für Reaction in jeder Gestalt. Können alle, die besugt
sind, für die Socialdemokraten Erklärungen abzugeben,
mag unsere gesammte Parteiliteratur seit Gründung
der Partei sagen was sie wollen: kommt ein junges
Bürschchen daher, das sich für einen Socialdemokraten
halten mag, und legt irgend jemandem (ohne den ge-
ringsten Schaden anzurichten) eine Glattme-Patrone
unter's Hemd, — mag verlangen die Herren der
Reaction „schärfere Mittel“ für die Behörden, damit
„den socialdemokratischen Bestrebungen“ nachdrücklicher
entgegengetreten werden könne. — Das nennt man
„nitterliche Kampfesweise“!“

Der hat den Erfolg davon? Der „Frankfurter
Zeitung“ wird geschrieben: „In der Versammlung des

„Centrums-Wahlvereins“ stellte der Vorsitzende, Herr
Richtsanwalt Kellerhoff, bei einer event. durch die Um-
sturzvorlage gegebenen Auflösung des Reichstags für
den hiesigen Wahlkreis eine Stichwahl zwischen dem Can-
didaten des Centrums und dem der Socialdemokratie in-
sichere Aussicht. Die Zahl der Mißvergünstigten im
Rheingau, wo das Gespenst der Weinsteuern äußerst
nachtheilig auf die Entwicklung des Weingeschäfts
gewirkt habe, sei so groß, daß die Befürchtung, im
Rheingau könne die Socialdemokratie an Boden ge-
winnen, nicht in den Wind geschlagen werden dürfe.“

Ja, wir dürften unseren unfreiwilligen Agitatoren
oft sehr dankbar sein.

„Bemühtige“ Leute. Mehrere Sitzungen haben
in den letzten Tagen berichtet, daß von Elberfeld aus
die Anregung zur Bildung eines Vereins der Oberpost-
und Obertelegraphen-Secretäre ausgegangen sei. Wie
nun die „Post“ erfährt, sind die Beamten, welche diese
Anregung gegeben hatten, „von ihrer Idee bereits
selbst zurückgekommen und haben das Rundschreiben
zurückgezogen.“ — Wer mag den guten Leuten wohl
den Kopf ein wenig zurecht gesetzt haben?

— Eine gründliche Strafpredigt hält die „Conser-
vative Monatschrift“ ihren Parteigenossen in folgenden
Ausführungen, die wir wiedergeben, um zu zeigen, wie
schärf und absällig der neueste Kurs auch in streng
conservativen Kreisen beurtheilt wird. Es heißt in dem
Artikel des genannten Blattes:

„Recht viele Conservative sehen leider in der
Socialdemokratie nur eine Gesellschaft von desper-
aten Leuten, die sich ausheulen gegen göttliche und
menschliche Ordnung und die nicht eher zur Ruhe kommen,
bis erst einmal ordentlich das Repetirgewehr dazwischen
gepfiffert haben werde. Bis zu diesem unvermeidlichen
Moment aber behilft man sich mit dem schneidigen Staats-
anwalt und mit mehr oder minder gesetzlichen Unter-
drückungsmaßregeln, bezw. wo sie fehlen, mit ihrer Her-
stellung. Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß
wir zwar die Gottlosigkeit der Socialdemokraten und ihre
Verachtung der gesetzlichen Ordnung tief beklagen und so
streng verurtheilen, wie sie nach christlichem Sittengesetz
verurtheilt werden muß, aber doch einstweilen die Partei
als die einzige ansehen müssen, die die schweren
Leiden des vierten Standes und des immer
tiefer sinkenden dritten vollauf würdigt und an-
erkennt, deren Interessen wirksam und mutbig vertritt und
ganz zweifellos von der Vertretung dieser Interessen auch
nicht ablassen wird, selbst wenn man noch drakonischere
Umsturzvorlagen erfinden und nicht nur den Staatsanwalt,
sondern die Schießgewehre spielen lassen wollte. Nach
unserer Ansicht liegt die einzige Hilfe gegen den Umsturz
in gesunder Socialreform.“

In Bezug auf die verübte Strafverfolgung
Bieschnecks schreibt die „Cons. Monatschrift“:

„Es muß schmerzlich berühren, daß dieser
Einfall nicht, wie er es verdiente, vom Reichstage
einstimmig zurückgewiesen wurde, die geistvolle These, daß
man Jemanden beleidigen könne, ohne die Beleidigung,
sei es mündlich, sei es symbolisch, zu „äußern“; viel-
mehr waren es wieder Conservative, welche
das klare Recht und die bedrohte Ver-
fassung in einem Falle preisgaben, wo
rechtliche und politische Gesichtspunkte in gleicher Weise
das rechtlichste Auftreten gegen die
Regierung forderten. Es unterliegt für uns keinem
Zweifel, daß der Gesetzgeber die Abgeordneten in der freien
Rundgebung ihrer Ueberzeugung unbedingt hat
sprechen wollen.“

Jetzt ist es fünf Uhr. Du hast doch gehört, daß die
Schichte erst gegen Abend losgeht. Die Redaction
ist auch geschlossen. Schau, ich hab' ja nichts dagegen,
Du kannst ja mit dem Bruder hinaufgehen. Bleib
jezt hier, den ganzen Tag hast Du noch nichts ge-
essen.“

Gyula wanderte einen Augenblick und ließ sich dann
wieder nieder.

Geräuschlos hatte sie sich entfernt. Nach einiger
Zeit erschien sie wieder und brachte einen Keller mit
laktem Fleisch und eine ziemlich große Flasche Wein
auf den Tisch. „Da, esst und trinkt, besonders Du,
Paul.“ Sie ging und brachte drei Gläser. „So esst
doch, Paul! Du wirst doch nicht verhungern? Hast Du
Schwarzen den Sieg ersprochen und wußt hier die
Frische ins Korn werfen?“

Sie legte ihm und dem Bruder Fleisch vor und
stülpte die Gläser.

„Was wir wollen!“ rief sie und hielt ihr
Korb hoch.

„Was wir lieben!“ bräunte der Schloffer und
trank sein Glas aus. Nach Gyula trank und brach
dann in ein schallendes Gelächter aus.

Die Scene in der „Schwarzen Hölle“: „Was wir
wollen, was wir lieben“ stand vor den Augen Gyulas.
Der Gaudium jener stillen Stunde und seiner heutigen
trübten Stille mag erwecke seine Heiterkeit. Nach dem
und Linsen leckte.

Gyula g'hörte zu jenen Menschen, die sehr wenig
und sehr selten tranken, und wenn sie tranken, so ge-

trankt es aus Freude oder Jora. Er sah nur wenige
Bissen, so sehr ihn auch Hunger that, aber er trank da.
Der Wein saß ganz allein. Allmählig schwand seine
Niedertrübseligkeit und machte einer zuversichtlichen
Erwartung Platz. Er besprach seine bevorstehende Ver-
bindung mit dem. Das brachte auch Linsen in Er-
regung. Er beständigste seine Schwester, fügte sie
auf die Bänke und schloß Paul in seine Arme.
Seine Zornausbrüche, in welche er seit seiner
Arbeitslosigkeit, war geschwunden; er versuchte
jetzt zu scherzen.

„Sag mir einmal, Retty, seit wann gehst denn
Du hier Spaziert da?“

„O, das weißt Du recht gut. Seit damals, als
er mich auf dem Ring stehen ließ und in die Kutsche
des Fabrikanten Krögis leg.“

„Und doch hast Du mir nie auch nur ein Wort
davon gesagt! O, ihr Brüder, alle seid Ihr Rauben,
und falsch und hinterlistig wie die.“

„Aber auch Lieb und gut wie sie,“ erwiderte Gyula
und juchte Retty über den Spieß.

„Nun, Ihr Herr, auch ich hab' mich küssen,
Schwarze der Schloffer, „ich werde das Geschäft ab-
wickeln. Das ... Zwei ... Drei!“

Sie lachten.

Um sieben Uhr brachen die Männer auf, Retty
war's recht schwer und Herz. Sie wollte sich gar
nicht aus Gyulas Armen reißten. Sie umschlang ihn
mit ihrem Arme, presste ihn an sich, als wollte sie
vergehen an seinem Rande.

„Komm' bald nach Hause!“ flüsterte sie. „Setz
Dich nicht zu sehr aus. Was soll aus mir werden,
wenn Du etwas zustößt?“

Sie nielte ihr Haupt auf seine Schulter und
flüsterte ihm zwei oder drei Worte ins Ohr. Bluttige
Röthe überzog das Antlitz des Mannes. Er hob sie
empor und bedeckte mit Küßen ihr Antlitz.

„Gehe,“ sagte sie und dränge ihn zur Thür.
Und er ging. Sie folgte ihm in das Vorhaus, auf
die Treppe. „Paul, Paul, ich habe Dir noch etwas
zu sagen.“

Er stand unter ihr auf der Treppe und wandte
das Haupt. Und sie erfaßte mit beiden Händen sein
Haupt, drehte es empor und drückte einen langen,
langen Kuß auf seine Lippen. Ihre Kaiserstügel
zitterten und die Augen traten aus den Höhlen vor
Schmerz und Verlangen.

„So geh, geh, und das Glück mit Dir,“ rief sie,
riß sich los und eilte die Treppe hinauf in ihre
Wohnung.

Gyula und Linsen schritten nach jenem Stadtbezirk
Hiers, welcher Neubau genannt wird. Die Nacht
begann herabzusinken, auf den Straßen flammten die
Gaslichter eines nach dem andern auf. Schweigend
schritt die beiden Männer durch die Gassen und
Straßen, aber den Platz vor der Botivikirch, durch die
Hofstraße nach der Lombogasse.

(Fortsetzung folgt)

Daß es eine große Partei in unserem Vaterlande giebt, welche dem Kaiser die Huldigung versagt, ist traurig genug. Aber welchen Werth hat denn erzwungene Heuchelei? Loyalitätskundgebungen haben nur dann Sinn und Werth, wenn sie freiwillig dargebracht werden. Der Egelshut ist fertig, wenn man den Zwang zu Hilfe nimmt. Wohin sind wir auf dem Wege nach Byzanz schon gekommen, daß dies betont werden muß, und wohin wird die Judicatur (Rechtsprechung) des Reichsgerichts uns noch bringen, wenn jeder Deutsche seinen Nächsten bei Strafe des Gefängnisses zur Theilnahme an Loyalitätskundgebungen zwingen kann!

Wir gehen dann einer Diktatur des Staatsanwalts entgegen, und diese wird die unerträglichste von allen Diktaturen sein, weil sie nicht offen die Gewalt als Gewalt giebt, sondern die Willkür mit einem Scheine, wenn nicht des Rechts, so doch der Juristerei umkleidet.

Welche Wahrheiten hat Luther den Fürsten zu ihrem Besten gesagt! Er hätte heute zu Tage nicht mehr Reformator werden können, weil er aus dem Gefängnis seine Lehrtage überhaupt nicht herausgekommen wäre!

Alles in allem: was uns am neuesten Kurse befragt macht, ist nicht dies oder jenes einzelne, sondern im großen angesehen, die Katholizität auf dem Gebiet der Reform einerseits, und andererseits der Glaube an die Wirksamkeit kleinlicher Repressivmittel. Wer der Träger dieser Politik ist — Herr von Stumpe? oder Herr von Köller? oder wer sonst? — wir wissen es nicht. Aber wir wünschen, daß sie so bald als thunlich schliefen werde und daß die Gerichte nach Schluß des Reichstages mit dazu beitragen möchten, die Aera Hohensolms in ersprießlichere Bahnen zu leiten.

Den Regierungen könnte es nicht schaden, wenn sie diese Stimme aus dem eigenen Lager ein wenig beachten wollten. Aber freilich —!

Heiteres in ernster Zeit. Das politische Programm des Fürsten Bismarck lautet nach der „Münch. Allgem. Ztg.“: 1. Einführung des Tabakmonopols, 2. Altersversicherung für jeden Deutschen, welcher das 65. Lebensjahr vollendet und 3. Aufhebung der Wählbarkeit der Socialdemokraten in den Reichstag.

Na, aber wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr!

bg. Die Fortbewegung auf der schiefen Ebene nach links, sagt resignirt*) die „Breslauer Morgenzeitung“ im Leitartikel ihrer geistigen Abendausgabe, „ist officiell eingeleitet — vielleicht bis zum socialistischen Staat.“ Wo die „Morgenzeitung“ recht hat, werden wir ihr nie widersprechen. Hier müssen wir ihr nur noch den Rath ertheilen, das köchle überflüssige „vielleicht“ bei solcher Gelegenheit sich künftig zu sparen. Auch bei ihrer Fortsetzung: die Fortbewegung nach links hin werde ihren Fortgang nehmen bis zum schroffen Rückschlag, paßt d.s. „vielleicht“ nicht. Die „Morgenzeitung“ könnte aus der Geschichte wissen, daß die schroffen Rückschläge in der revolutionären Bewegung der letzten 100 und eilichen Jahre nur hervorgerufen wurden durch die Jämmerlichkeit des Bürgerthums, und daß dieses bei der Entwicklung bis zum socialistischen Staat in seinen radicalsten Elementen höchstens noch fördernd mitwirken kann, dafür hat besagte Jämmerlichkeit bis heute in Tausenden glücklicher Weise bereits übergenug gelorgt. Die Völker kennen ihre Väter, auch die bürgerlichen, in Deutschland nur zuweilen noch ganz verschämt sogenannten, bürgerlichen Demokraten und lassen sich von ihnen in der Gegenwart und Zukunft weder an-, noch nachführen!

Zahlen und — Maulhalten ist die Devise. Ueber Geheimnisse in der Marineverwaltung schreibt die „Vossische Zeitung“: „Für die außerhalb der Marine stehenden bilden alle diese Angelegenheiten ein Buch mit sieben Siegeln. Ueber die allerwichtigsten Fragen ist das große Publikum vollkommen im Unklaren. Es weiß weder, ob die neuen Schiffe sich bewährt, noch zu welchem Ergebnisse die Uebungen geführt haben. Selbst größere Unfälle gelangen nicht immer an die Öffentlichkeit. So hat man erst durch den Sanitätsbericht der Marine für 1891—93 erfahren, daß auf dem Torpedo-Divisionsboote „D 5“ vier Mann in Folge Kesselexplosion und vier Mann auf dem Panzerjagde „Siegfried“ in Folge Plagens eines Dampftröbels gestorben sind. Ueber die lanwierigen Reparaturen des Kreuzers „Kaiserin Augusta“, nachdem das Schiff ein einziges Mal über See gewesen war, weiß niemand etwas Bestimmtes. Dagegen laufen bedenkliche, uncontrolirbare Gerüchte überall herum.“

— Graf Kanitz, der frohdad lückende Junker, soll nach der „Post“ noch nicht in den Staatsrath berufen sein. Es wird aber schon noch kommen.

Im neuen preussischen Etat sind mehr angeseht für die Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen

84,569 Mark bezw. 229 508 Mark, für die Landgensdarmerei 72,661 Mark, zu allgemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei 103,569 Mark, darunter zur Verstärkung des Fonds zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 80,000 Mark, sowie für die Strafanstalten 288,575 Mark. Was sind Spitzel, Herr von Köller? Warum giebt es Ausgaben, die das Licht der Deffentlichkeit scheuen?

— In der Verwaltung des Reichslandes wird eine Reihe wichtiger Aemter neu besetzt werden. Einen sehr sonderbaren Candidaten, anscheinend für den Posten des vortragenden Rathes beim Statthalter, jedenfalls für irgend einen hervorragenden Posten, führt die officiöse „Straßburger Post“ auf, den verstorbenen Straßburger Polizeipräsidenten Feichter! Das genannte Blatt meint unschuldsvoll, dagegen würden sich „wohl keine Bedenken erheben“. Der Feichter ist aller Welt durch die vorjährigen Reichstags-Verhandlungen bekannt. Er wurde, da seine schnar-enwickliche Pöbelhaftigkeit alle Grenzen überschreite, zur Disposition gestellt. Nebel hatte den Musterbeamten im Parlament gebrandmarkt. Uns wundern es freilich nicht, daß der Herr doch noch Carriere macht.

— Ein stolzer Mann muß der „Freiwillige“ Boshart in Gotha sein, der sich vom Herzog jenes Landchens die Freiheitsstrafen, die er wegen Beamtenbeleidigung zu verbüßen hatte, in Gnaden schenken ließ, nachdem er die erhobenen Beschuldigungen als unwahr zurückgenommen hatte. Herr Boshart, nebenbei ein großer Socialistenkresser, scheint nicht viel mehr wie ein Reclameheld zu sein.

Zur Duellfrage. Der Kaiser begnadigte den wegen Zweikampfes zu 6 Monaten Festungshaft verurtheilten früheren Regierungs-Referendar Türk, nachdem derselbe 2 Monate verbüßt hat.

— Der Patriotismus muß katholisch, evangelisch, jüdisch und atheistisch besonders gepflegt werden. Die „Germania“ schreibt nämlich: „Als Prämien für Schüler aller Volksschulen werden Festchen „Wilhelm II.“ sogar an katholische Pfarrer zur Vertheilung an die katholischen Schulen von der königlichen Regierung von Aachen gesandt, in welchen Seite 30 folgende Stellen aus Kaiser-Neben vorkommen: „Das ist die gesegnete Frucht der Reformation . . . als ein Bekenntnis zu dem feigmachenden Glauben von der Gnade Gottes, wie er durch den Dienst der Reformation für die evangelische Christenheit wieder erschlossen ist.“ Was soll es heißen, katholischen Pastoren die Vertheilung solcher Festchen zuzumuthen? Die Regierung sollte doch einsehen, daß durch solche Maßregeln nicht der Patriotismus gefördert, sondern Gerüchte ganz anderer Art in katholischen Kreisen geweckt werden.“

— Für die Reichstagswahl in dem Wahlkreis Eichwege-Schmalcalden ist der ursp. ünglich auf den 5. Februar anberaumte Wahltermin wieder verschoben worden. Der neue Wahltermin ist noch nicht bestimmt. — Die Candidatur des Dr. Köfke, des zweiten Vorsitzenden des Bu des der Landwirthe, für die Reichstagswahl in Eichwege-Schmalcalden ist von demselben endgültig zurückgezogen worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— Ueber die Schicksale der im Dmladina-proceß verurtheilten junger Leute berichtet, nach einem czechischen Blatte, die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Bratislaus Linka, ein 28 Jahre alter Mechaniker, verbrachte lange Zeit in Untersuchungshaft, wurde zu sechs Monaten schweren Kerkers verurtheilt und starb, bevor er die Strafe antreten konnte. Franz Duda, ein 19-jähriger Schriftsetzer, verbrachte ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, wurde so schwer krank, daß er ins allgemeine Krankenhaus überführt werden mußte; kaum etwas hergestellt, wurde er zu 13 Monaten schweren Kerkers verurtheilt, nach der Strafanstalt Vor gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb. — Carl Kulla, ein 20-jähriger Schlosser, verbrachte gleichfalls ein halbes Jahr in Untersuchung, wo er schwer erkrankte; zu 16 Monaten schweren Kerkers verurtheilt, wurde er sofort in die Krankenanstalt gegeben und sterbend benadigt. Jaromir Glad, 17 Jahre alt, ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, machte in einem Anfall von Schwermuth einen Selbstmordversuch, wurde zu 14 Monaten schweren Kerkers verurtheilt, nach Vor gebracht, wo er irrthümlich wurde gerade in dem Moment, als er entlassen werden sollte. Anton Gaja, ein 25 Jahre alter Redacteur, verbrachte mehrere Monate in Untersuchungshaft, wurde zu zwei Jahren und zwei Monaten schweren Kerkers verurtheilt, gegen eine

Caution von 10,000 fl. auf freien Fuß gesetzt. Wegen eines schweren Brustleidens konnte er bis heute seine Strafe nicht antreten. Josef Skaba, 23 Jahre alt, Redacteur, Alois Raschin, Doctorand, und R. St. Sokol, 26 Jahre alter Journalist, verbrachten mehrere Monate in Untersuchungshaft, wurden verurtheilt, die ersten zwei zu je zwei Jahren, der dritte zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers; sie wurden nach Vor gebracht, wo sie von einer starken Nervosität befallen wurden, so daß sie gerade am Christabend in das Gefangenenhospital gebracht werden mußten. G. Heller, ein 18-jähriger Bildhauerlehrling, war ein halbes Jahr in Untersuchungshaft und wurde zu 13 Monaten Kerker verurtheilt. In den letzten Tagen wurde er in Vor von Lohsucht befallen, mußte gefesselt und unter scharfer Aufsicht gestellt werden. Anton Vesely, ein 20-jähriger Buchdrucker, saß ein halbes Jahr in Untersuchung, wurde zu 19 Monaten schweren Kerkers verurtheilt, erkrankte in Vor, weshalb er am Christabend in das Gefangenenhospital geschafft werden mußte. Sein Bruder Josef Vesely, ein 18-jähriger Handschuhmacher, der auch ein halbes Jahr in Untersuchung saß und zu 14 Monaten Kerker verurtheilt wurde, ist ebenfalls krank. Bei mehreren anderen Inhaftirten machen sich Anzeichen einer geistigen Krankheit bemerkbar. Alle Gefangenen sind in Einzelhaft. Aber auch alle Anderen, bei denen bisher eine Krankheit nicht festgestellt wurde, sehen furchtbar angegriffen aus, so daß sich mit Bestimmtheit voraussetzen läßt, daß sie früher oder später auch krank werden, namentlich gilt das von Jenen, die zu mehrjährigem Kerker verurtheilt sind.

Eine furchtbare Anklage enthalten diese Mittheilungen gegen den österreichischen „Culturstaat“, der erbarmungslos einen Haufen junger, ganz ungefährlicher Leute, die sich in jugendlichem Eifer als „Verschwörer“ gerirten, zu Grunde richtet.

Italien.

— Die italienische Kammerauflösung scheint nahe bevorzustehen. Crispi und Saracco hatten am Freitag schon eine Besprechung mit dem König, und zugleich wird aus Rom gemeldet, daß der italienische Ministerath sich für die Auflösung ausgesprochen hat. Hoffentlich giebt das italienische Volk dem Schurken Crispi einen gehörigen Dentsettel. Mittlerweile knallen zur Abwechslung einmal wieder lustig die Bomben. Aus Mailand wird auch ein Bombenfund gemeldet. Vor dem Palast des Prinzen Falco in der Villa Borghese wurde Sonnabend Morgen eine kleine mit Sprengstoff gefüllte Blechbüchse gefunden. Nach dem Polizeigebäude gebracht, explodirte dieselbe und zertrümmerte einige Fensterscheiben ohne weiteren Schaden anzurichten.

Selbstverständlich hat die Polizei des Herrn Crispi den Staat wieder vor großen Gefahren zu bewahren und man wird wieder aufs Neue die Kerker füllen mit politisch mißliebigen und unbequemen Leuten. So will es die „Ordnung“, vertreten durch — Crispi.

Frankreich.

— Die Kammer ist bis zum 23. Januar vertagt worden, damit ein neues Ministerium gebildet werden kann. — Die Botschaft des Präsidenten wird nicht, wie sonst üblich, sofort, sondern erst zusammen mit der Erklärung des Programms des neuen Cabinets erfolgen.

— Nach amtlicher Mittheilung der Direction der Zölle betrug der Werth der Waareneinfuhr in Frankreich im Jahre 1894 4,119,000,000 Francs gegen 3,853,000,000 im Jahre 1893; der Werth der Ausfuhr betrug 3,275,000,000 Francs gegen 3,236,000,000 im vorhergehenden Jahre.

— Eine sehr berbe Strafpredigt hält der Pariser Correspondent der „Kreuzzeitung“ dem feigen Ausreißer Prier, einst die Hoffnung aller bürgerlichen Reactionäre. Er schreibt u. A.:

„Casimir Perier stand für den Fall, daß er nicht mit einem ihm verhassten Ministerium Brisson weiterarbeiten wollte, vor der Doppelfrage: Rücktritt oder Auflösung der Kammer? Sich für diese, für eine Art vom 16. Mai zu entschließen, fehlte ihm der Muth, und so entschloß er sich zu jenem unseligen Schritt, den er heute wohl bereut. Allerdings behauptet der Eine oder Andere noch, daß sein Rücktritt nur ein taktischer Schachzug war, da er darauf rechnete, in Versailles wiedergewählt zu werden, und daß er die Annahme dieser neuen Wahl von einer Re Fassungsänderung abhängig machen wollte, die ihm größere Machtbefugnisse einräumt hätte, aber Niemand hat sich bemüht, ihn zurückzuhalten, Niemand hängt sich an seine Rechthöhe und seine Taktik erntet nichts als Verachtung. Selten fiel ein Staatsmann so tief! Was trauert sich der Tyränen, die er nach seiner Ernennung vergoß und seiner prophetischen Wort: „Ich gehöre Frankreich und der Republik“ und „das Gedächtnis an diesen

*) Geht ins Schicksal ergeben.

Selben der Pflicht (Carnot) mich beeinflussen und leiten" und "daß es mir gegeben sei, in meinem Verstand und in meinem Herzen die nöthige Kraft zu finden, um Frankreich würdig zu dienen". Er scheint sie aber nicht gefunden zu haben, und Cassagnac äußert spottend: "wenn man so arm an Muth und Energie ist, nimmt man solche Stellungen nicht an, und man muß die Bescheidenheit haben, sie abzulehnen." In der rücksichtslosen Art, die Cassagnac kennzeichnet, äußert er: "Der Enkel des großen Carnot war ein Dummkopf (imbécile), der Enkel des großen Perrier ein Schlappschwanz... Carnot starb wenigstens, indem er sein Handwerk als Präsident that... Herr Cassimir Perrier wird nicht einmal diesen Vortheil haben. Bei der ersten Schwierigkeit, bei der ersten Patrone ist er wie ein Hase flüchtig geworden und — o Schande! — weil die Kammer in den weiten Taschen des Juden Ragnat, seines Kameraden, hat hineinblicken wollen, hat der Präsident der Republik allen Muth verloren..."

Der Herzog von Orleans, der auf die Kunde von dem Rücktritt des Präsidenten Cassimir Perrier seinen Hofstaat sofort nach Dover verlegt hat, erklärte einem Vertreter des "Herald", daß er bereit sei, sich dem Vaterlande zu opfern. Der Zweck seines Aufbruchs nach Dover sei, seinem geliebten Frankreich näher zu sein. Seine Schritte gingen von der weiteren Entwicklung der Dinge ab. Er fügte hinzu, da er nicht in Frankreich sei, wisse er selbst nicht sehr viel, aber da er in Dover in Bereitschaft sei, unter allen Eventualitäten zu handeln und seiner Partei Weisungen zu ertheilen, wie es die Umstände erheischen, so gedenke er, in Dover zu verbleiben, so lange es notwendig sei. Weiteres wüßte er gegenwärtig nicht zu sagen. Der Herzog hat aber sein Haus in London noch nicht aufgegeben. Das Letztere ist sehr geschickt von dem Herzog, denn sonst könnte er sich bald obdachlos befinden. Die Franzosen verlangen nämlich durchaus nicht, daß der Herzog "sich dem Vaterlande opfere", indem er allergnädigst geruht, ihm in seiner eigenen werthen Person einen Herrscher zu geben, natürlich bei entsprechender Civilisirung. Die verhassten Republikaner wollen es noch weiter mit einer Republik probiren, und was die Panamisten und andere Diebe betrifft, so denken diese, daß auch unter der Bourgeois-Republik gestohlen werden könne, wenn auch in etwas verhältnißloser Form, als unter den Ahaen des Prästendenten, dem "Bürgerkönig" Louis Philipp, der den Gaunern zurief: "Enrichissez-vous!" — "Bereichert Euch!"

Uebrigens hat der wackere Herzog an seinen Getreuen, den Senator Buffet, einen langen Schreibbrief gerichtet, worin er sich für den Thron in empfehlende Erinnerung bringt. U. A. sagt er: "Die Republik kann in Frankreich nur ein vorübergehendes Regime sein. Was diesen Augenblick geschieht, beweist dies abermals. Die Stunde ist nahe, wo das Land wird zurückkehren wollen zu der Regierungsform, die der Ruhm seiner Vergangenheit war und die Bürgerschaft seiner Zukunft sein wird. In dem die Vorkehrung mich zum Repräsentanten der Monarchie machte, legte sie mir ein schweres Vermandt auf. Aber am Tage, wo mein Land mich verlangen wird, werde ich in Ihnen das Vertrauen und in meiner Umgebung an das Land die Kraft finden, meine Aufgabe ganz und bis ans Ziel zu erfüllen." Der gute Philipp wird noch manchen Tag zu warten haben, bis "sein Land ihn verlangt", und auf den Kreidestellen Dovers kann es ihm unterdessen sehr langweilig werden!

England.

Einem schönen Erfolg haben unsere englischen Genossen davon getragen, indem sie bei den Wahlwahlen in Northampton zwei Genossen, Dr. Stratton und E. L. Paulton, zum Siege brachte. Es geht vorwärts abwärts!

Parteiangelegenheiten.

Die Landtagswahlen in Baden finden am nächsten Sonntag im August statt. Es scheiden dort alle zwei Jahre die Hälfte der Abgeordneten aus. Die Social-Demokratie hat zwei Mandate in Mannheim (bischoff-Dreschler und Dr. Kühn), und wenn Siegmüller seinem Versprechen, das Mandat niederzulegen, entspricht, ihr Kandidaten Siege zu verheißigen. Hoffentlich werden die badischen Genossen nun endlich die persönlichen Streitigkeiten lassen, um der Sache einig im Kampfe für Freiheit und Gerechtigkeit gegenüberzutreten. Es ist die höchste Zeit.

In der Districtwahl-Versammlung des Social-Demokratischen Vereins zu Frankfurt a. M. berichtet der Vorstand, daß im letzten Districtwahl-Versammlung, eine die vom Kreisrat und den Kreisverordneten Beiden, eingeschrieben haben. Es wurde Beschlüsse darüber gefaßt, daß die jüngeren Mitglieder des

Vereins noch immer vor die Polizei citirt und durch allerhand Nachfragen event. sogar in ihrer Heimath und beim Unternehmer, belästigt werden. Dadurch erkläre es sich auch, daß der Verein für einen Wahlkreis mit 14,000 socialdemokratischen Stimmen nicht ganz 800 Mitglieder zählt. An Beiträgen gingen ein 500 Mark, an Ausgaben waren zu bestreiten 400 Mk., so daß etwas mehr als 100 Mk. Kassenbestand vorhanden sind.

Über die Parteibewegung im Wahlkreis Schwarzhurg-Rudolstadt, beziehentlich der Stadt Frankenhäusen berichtete in einer Parteiverammlung der Vertrauensmann Genosse Winter. Dem Bericht entnehmen wir, daß die Einnahmen 505,43 Mark, die Ausgaben 521,66 Mk. betragen, mithin ein Deficit von 13,23 Mk. vorhanden ist. An Briefen gingen ein und ab 113 Stück. Definitive Volksversammlungen fanden drei statt. Eine Versammlung wurde vorbereitet. Beschwerde hiergegen ist bis an das Ministerium gerichtet. Antwort aber noch nicht eingegangen. Für das laufende Jahr wurde eine aus neun Personen bestehende Localcommission gewählt. Genosse Franz Winter wurde wiederum einstimmig als Vertrauensmann gewählt. Hieran schloß sich ein Referat des Genossen Winter über die Umstrukturierung.

Die Mahnung des zuständigen Ministers an die politischen Organe, die Versammlungen, die sich mit der sogenannten Umstrukturierung beschäftigen, scharf zu überwachen, scheint sich nicht nur auf politische, sondern auch auf die gewerkschaftlichen Versammlungen zu erstrecken. In einer vor längerer Zeit stattgefundenen öffentlichen Veranstaltung des Metallarbeiter-Verbandes (Zachische Eisen u. d. M.) hielt Spurzheim einen Vortrag über: "Die Concentration des Capitals und die Gewerkschaften." In der Discussion nahm Genosse Surenfeld-Eisen das Wort. Im Verlauf seiner Ausführung kam der Redner auch auf den bekannten Passus in der Krupp'schen Arbeitsordnung, der da lautet: "Arbeiter, die den Vereinen und Parteien angehören, die auf den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung hinarbeiten, werden entlassen", zu sprechen. Surenfeld sprach die Hoffnung aus, der anwesende überwachende Beamte werde den Herrn Staatsanwalt auf diesen Verstoß gegen die Gewerbe-Ordnung aufmerksam machen. Jetzt ist Surenfeld wegen Beleidigung des Staatsanwalts unter Anklage gestellt und wird der Termin bald stattfinden. — Zu erwähnen ist noch, daß die betreffende Arbeitsordnung schon sehr oft in öffentlichen Versammlungen, u. a. auch seiner Zeit vom Genossen Singer gerügt wurde.

Die Gräuel-Parteien genossen vertheilten am 4. November in 3 ein Flugblatt in der Umgebung von Erfurt. In einigen Districten wurden die Flugblätter confiscirt, später zum wiederholten Male. Da die Vertheilung dadurch gehindert worden war, legte die Verlagsfirma Reichhaus u. Co. Beschwerde beim Landrat ein. Derselbe wies die Beschwerde ab, indem er die Legitimation der Firma zur Führung der Beschwerde betonte. Der Regierungsvorstand, an den nunmehr die Beschwerdeführer sich wandten, antwortete, daß die betreffenden Gemeindevorstände wohl berechtigt waren, die Flugblätter zu confisciren, da in dem Inhalt des Flugblattes sehr wohl eine Verhöhnung der Worte seiner Majestät des Kaisers, mithin der Thronbestand einer nach § 25 des Reichs-Strafgesetzbuchs strafbaren Handlung erblickt werden konnte.

Große Stief, Redacteur der "M. W. R. Arb.-Ztg.", wurde von den Dortmunder Gerichten zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt. Er sollte zwei höhere Bergbeamte beleidigt haben, indem er sie "Commiss" der Grubenbarone genannt habe. Der Staatsanwalt hatte die Verurteilung von sechs Monaten Gefängnis beantragt.

Arbeiterbewegung.

Die Resolution, welche in den letzten gemeldeten acht Berliner Arbeitelohner-Versammlungen angenommen wurde, hat folgenden übernehmenden Wortlaut:

"Die Versammlung erklärt in der bestehenden und immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit dem Unvermögen der Arbeiter, unter dem die Arbeitslosigkeit zu leiden hat. In der Arbeitslosigkeit mit dem Arbeiter der Arbeiter der unvollständigen Produktionsweise am unzureichenden und am unvollständigen entgegen. Die Arbeitslosigkeit bedroht für den Arbeiter, der in der unvollständigen Produktionsweise arbeitet, nur allzuoft sein Leben. Die ständige Vernichtung der Existenz."

Eine Vertheilung der Arbeitslosigkeit ist aber unter der Herrschaft der unvollständigen Produktionsweise nicht möglich, da es gerade im Wesen dieser Produktionsweise liegt, die Arbeitslosigkeit immer mehr zu erzeugen und sie nicht und nicht zu beseitigen.

Erst in der unvollständigen Socialistischen Gesellschaft und der Arbeitslosigkeit für immer beseitigt sein. Wenn also auch eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der heutigen Gesellschaft nicht möglich ist, so verlangt die Versammlung doch von den herrschenden Klassen und Machthabern, daß wenigstens alle Mittel angewandt werden, um das Uebel und Möglichkeit zu mildern.

Die Versammlung fordert zu diesem Zwecke die gesetzliche Einführung eines achtstündigen Arbeitstages für alle Staats-, Gemeinde-, und Privatbetriebe. Und weiter fordert sie den Staat und die Gemeinden auf, durch sonstige Anstaltsmaßnahmen aller notwendigen öffentlichen Arbeiter den Beschäftigungslosen Arbeit und Verdienst zu verschaffen."

Wichtiges Käuf! Der Junge arbeitelohner Kollegen nach München im Antrag für den... Die Minister Kollegen liegen im Antrag mit der... Baronesse. Kein College geht sich zum... und... Schindler hat.

Die... der... haben... die... halten... den... sein.

Arbeitereinstellung! Wegen Maßregelung zweier Kollegen in der Metallwaarenfabrik von Gries u. Co. in Leipzig, Zeigerstraße 35, legten sämmtlicher Metallarbeiter, Dreher, Scharfer, Schleifer, Gürtler, Lackirer, Galvanisierer und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Circa 30 Glasarbeiter sind als Opfer des Oldenburgischer Glasarbeiter-Streiks noch arbeitslos und zu unterstützen. Für Sendungen Adresse: Albert Gebel, Bergedorf, Hinterm Graben 18.

Das Agitationscomitee der Tabakarbeiter für Frankfurt a. M. sendet eine Referentin durch die hessischen Städte, wo die Tabakindustrie zu Hause ist, um namentlich die Arbeiterinnen zur Organisation heranzuziehen.

Die Arbeit niederzulegen beschloß eine von sechshundert Personen besuchte Versammlung der Taschen- und Federmesser-Arbeiter in Solingen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hält am 15. April d. J. in Erfurt seinen ersten Verbandstag ab. Anträge sind bis zum 18. Februar an den 1. Vorsitzenden, Karl Selig in Stuttgart einzuweisen.

Rürnberg. Achtung, Metallarbeiter! Ueber die Metallwaarenfabrik von Jean Schöner bleibt die Sperre aufrechterhalten. Die Sperre-Commission.

Achtung! Porzellanmaler und Dreher. Zuzug nach Tübn bei Teplitz (Böhmen) nach der Porzellanfabrik von Wahlis ist fern zu halten.

Der Jahrescongrès der Miner's Federation hat vom 8. bis 11. Januar in Birmingham stattgefunden. Vertreter waren 180,000 Bergarbeiter. Der Bericht des Präsidenten Benj. Picard weist mit Genugthuung auf die Entscheidung des Einigungsamtes hin, welches den großen Streik des Jahres 1893 beendigte. Der Sieg der Arbeiter sei kein vollständiger gewesen. Sie mußten in eine Lohnreduction von 10 Procent willigen, während die Grubenbesitzer eine solche von 25 Procent verlangt hatten. Von größter Wichtigkeit aber sei es, daß das Prinzip des "living-wage" (d. h. ein Minimallohn, bei dem der Arbeiter noch bestehen kann) durch die Vereinbarung anerkannt worden sei, daß bis zum August 1896 die Löhne nicht unter ein bestimmtes Niveau sinken dürfen. Dann werde das Einigungsamt neuerlich die Lohnfrage beraten. — Der Bericht theilt weiter mit, daß den schottischen Kohlenarbeitern im Jahre 1894 eine Streikunterstützung von 76,000 Pfund (über 900,000 fl.) gesendet worden sei. Von den gefaßten Resolutionsen sind die folgenden bemerkenswerth: 1. Der in der vorigen Session vom Unterhaus angenommene, von den Lords aber abgelehnte Gesetzesentwurf über die Haftpflicht der Unternehmer solle in der bevorstehenden Session neuerdings dem Parlamente vorgelegt werden, jedoch mit Ausschluß der sogenannten "contracting"-Klausel (diese bestimmt, daß auch ein vertragsmäßiger Verzicht der Arbeiter auf die Entschädigung durch den Unternehmer rechtlich unanfechtbar sein solle); 2. in den Lieferungsverträgen öffentlicher Körperschaften (Gemeinderäthe etc.) mit den Grubenbesitzern solle ausdrücklich erklärt werden, daß ein eventueller Streik die Unternehmer von der Erfüllung des Vertrages nicht befreie, wenn der Streik zur Abwehr gegen eine Lohnherabsetzung unternommen würde; 3. der Versuch zur obligatorischen Einführung von Schiedsgerichten für Streiks sei mit allen Mitteln zu bekämpfen; 4. ein Gesetzesentwurf, durch welchen der Achtstundentag im Bergbau eingeführt werde, sei auch in der kommenden Session einzubringen, und die Bergarbeiter seien verpflichtet, bei den Parlamentswahlen jeden Kandidaten zu bekämpfen, der sich gegen den Achtstundentag erkläre, ohne Rücksicht auf die sonstige Parteistellung des Kandidaten; 5. die vom parlamentarischen Comitee des Trades Union-Congresses beschlossene neue Geschäftsordnung wird gebilligt. Diese Resolution ist leicht zu verstehen, da die neue Geschäftsordnung dürfte in Gewerkschaftskreisen wenig günstig beurtheilt werden. Wie ich berichtete, wird im Falle der Auflösung des Parlaments, die übrigens nicht mehr lange wird auf sich warten lassen, eine Conferenz der Gewerksvereine in Manchester zusammenzutreten, um das Wahlprogramm festzustellen. Den Beschlüssen dieser Conferenz greift nun die Federation dadurch vor, daß sie schon jetzt über ihre Politik entschieden und erklärt hat, sich einzig und allein um die Stellung der Kandidaten zur Frage des Achtstundentages zu bekümmern.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der "Volkswacht".)

Aus dem Reichstage. Die Berathung der sogen. Justizreform wurde heute im Plenum beendet. Endlich kam auch das Laienlement in unserem Genossen Grillenberger zu Wort, der einen viel frischeren Zug in die Debatte brachte und sie als ein Mann aus dem Volke beurtheilte. Grillenberger ließ sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, an der jetzigen Justizpflege erbarmungslose Kritik zu üben. Herr Braunwetter und der Dresdener Amtsrichter Beder kamen dabei schlecht fort. Außer Grillenberger sprachen noch die Abg. Berner, Carlinski, Lerno, Hilpert.

19. Sitzung
Som 19. Januar 1895.
Nachmittags 1 Uhr.

Präsident von Bethow eröffnet die Sitzung. Am Bundesrathsrath, Niederding, Schindler. Die Berathung der sogenannten Justizreform wird fortgesetzt. Abg. Lehmann u. Gütlingen (Hv.) polemisiert gegen den Abg. Lehmann, der unberechtigtweise von einem marasmod. crimialis gesprochen habe. Am liebsten wäre ihm eine vollständige Revision der Strafproceßordnung gewesen, aber er nehme auch mit der Abschlagszahlung für'sich, die die Vorlage bietet. Die Entschädigung ungeschuldig Verurtheilter sei in Schwaben schon lange eingeführt und man sei dort sehr mit dieser Einrichtung zufrieden. (Beifall rechts.)

H. Grillenberger (Socialdem.): Wenn ich mich richtig informiert habe, so haben bis jetzt zu der Vorlage lediglich Juristen gesprochen. Ich bin der Meinung, daß es viel besser wäre, wenn sich das Laienlement mehr um derartige Angelegenheiten kümmern würde. Aber bei allen Vorlagen, die nach Strafparagrafen gerichtet sind und nach Civilparagrafen hat sich hier im Hause das Laienlement zurückgezogen und allein den Juristen das Feld überlassen. Auch in der Commission sollten die Laien hinzugezogen werden. Der Entwurf giebt endlich nach langjährigem Drängen seitens des Volkes und des Reichstages ein Verlangen nach, das gleich, nachdem die neue Gerichtsverfassung vom Jahre 1879 eingeführt war, begonnen hatte. Unsere öffentlichen Verhältnisse haben sich ja allmählich in der Art der Schernacher Proceffion entwickelt, daß, wenn einmal ein kleiner Vorsprung gemacht wird, fast stets ein großer Sprung nach rückwärts geschieht und es ist deshalb um so erfreulicher, daß endlich einmal auf dem Rechtsprengergebiet ein Fortschritt verzeichnet werden kann. Tiefgreifender Natur sind freilich diese Fortschritte nicht. Die Regierung fordert für das, was sie dem Volke Guttes bietet, einen so exorbitant hohen Preis in Bezug auf rückschrittliche Forderungen, daß man ihn einen Wucherpreis nennen könnte. Nachdem die Regierung die Unmöglichkeit der Einführung der Berufungen und wenigstens des Anfanges einer Entschädigung für unschuldig Verurtheilte eingesehen hat, hätte sie darauf verzichten können, ein so großes Gewicht von Forderungen daran zu knüpfen, die dem wirklichen Rechtsfreund die Zustimmung sehr erschweren. Es ist gestern von Herrn Lenzmann ganz richtig betont worden, daß für die Herren, die so schnell Untersuchungen verhängen und die so schnell die höchsten Gefängnisstrafen ausprechen, ein so schnelles gar nicht so ohne wäre, und nicht bloß für die Richter, auch besonders für die Herren Staatsanwälte und zwar in möglichst schlechten Gefängnissen. (Sehr richtig und Heiterkeit links.) Die Motive sprechen vom Vertrauen in die Rechtspflege. Bei den inappellablen Urtheilen der Strafkammer ist das Vertrauen verloren gegangen, es fehlt noch an vielen andern Punkten. Anstatt nun aber da anzusetzen, wo das Vertrauen fehlt und die Justiz durch Einführung größerer Volksmassen in die Rechtsprechung, die jetzt nur ein Privilegium der besser situirten Kreise ist, volkstümlicher zu machen, macht man Vorschläge, die das Volk nur als Verschlechterungen auffassen kann. Die Strafkammern sollen statt mit 5, künftig nur mit 3 Richtern besetzt werden. Gerade in Preußen sind in früheren Zeiten, ganz besonders in politisch ungünstigen Zeiten, mit dem Drei-Richter-Collegium recht schlechte Erfahrungen gemacht worden. Herr Lenzmann hat wenigstens Einsinnigkeit der drei Richter gefordert, der Vorredner hat das noch als überflüssig bezeichnet. Uns ist am Bedenklichsten bei dem Drei-Richter-Collegium die Beeinflussung seitens des Vorsitzenden, die bei einer größeren Anzahl Richter schwerer ist. Dann soll eine weitere Beschränkung des Beweisverfahrens Platz greifen, wie wir sie schon bei den Schöffengerichten haben. Gerade in der Schöffengerichtspraxis sind in letzter Zeit viele Beispiele vorgekommen, die die Mangelhaftigkeit des jetzigen Beweisverfahrens gekennzeichnet haben. In München wurde vom Schöffengericht ein Mann verurtheilt, weil er einem politischen Gegner eine beschimpfende sogenannte Zursart zugesandt haben sollte, trotzdem nur ein einziger Zeuge vernommen wurde, der aussagte, er halte den Angeklagten für ganz unschuldig, so etwas zu thun. Ein Schreibschreiber hatte nämlich den Angeklagten als Schreiber bezeichnet. Der Mann behauptet heute noch seine Unschuld. Eine andere eclatante Sache ist die Fuchsmühlener Angelegenheit. Da ist der Grobverleumdungsparagraf gegen sechs Redacteurs angewendet worden. Anders konnte man ihnen nicht zu Leibe und auf diese kleinliche Verfolgung wollte man nicht verzichten. In dem Prozeß hat man den Lieutenant Meyer, der die Soldaten geführt hat, den breitesten Spielraum in der Zeugnisaussage gelassen, als aber die Zeugen drankommen sollten, die der Sache als Betheiligte beigewohnt hatten, die nämlich vermundet worden waren bei den Stupfungsübungen der Soldaten, hat man auf einmal erklärt, die Sache sei genügend aufgeklärt. Es wurde nicht festgestellt, ob es durchaus notwendig war, zwei Leute zu tödten. Die Redacteurs wurden verurtheilt. Man sieht, wir haben allen Anlaß zu protestiren, daß diese ungenügende Beweisaufnahme bei den Schöffengerichten auch noch bei den Strafkammern eingeführt wird. Für die Einführung der Berufung gegen Strafkammer-Urtheile ist es höchste Zeit. Ich verweise Sie auf den Prozeß vom 8. und 9. Mai d. J. auf den sogenannten Gummi-Blau-Blau-Prozeß unter Vorsitz des Directors Brausewetter und bei dem Staatsanwalt Benedix die Anklage vertrat. Die Behandlung nicht nur der Angeklagten, sogar auch der Rechtsanwälte war eine unwürdige. Wenn der Vorsitzende fortgesetzt zu den Verteidigern sagt: das geht Sie gar nichts an! Ich gebe Ihnen das Wort wie es mir eben paßt, ich muß Ihnen das Tragerecht entziehen, Sie fragen zu viele unnütze Sachen: Sie haben gar nichts zu protestiren, der Verteidiger hat gar nichts feizustellen (hört, hört, links) und solche Redensarten ziehen sich durch die ganze Verhandlung, dann muß man allerdings sagen, daß das eine beispiellose Voreingenommenheit ist. Hier wäre die Berufung sehr am Platze gewesen. Herr Brausewetter sagte „die Oeffentlichkeit existirt nicht, der Redacteur weiß immer, daß die Sachen aufgebauscht sind.“ (Lachen links.) Sie können sich einen Begriff machen, wie von einer derartigen Kammer geurtheilt wird, wenn noch das Unsurzgesetz hinzukommt. Dabei ist das kein einzelner Fall. Der Brausewetter ist ein Typus in Deutschland geworden. Es wechseln bloß die Ortsnamen, die Namen der Verteidiger und Vorsitzenden. (Sehr wahr bei den Sociald.)

Der Entwurf kennt keine Entschädigung für unschuldig Verhaftete und fügt dabei noch einen neuen Verhaftungsgrund hinzu, gegen den wir vom politischen Standpunkt ganz besonders Stellung nehmen müssen. Es soll eine Verhaftung zulässig sein, wenn der Angeklagte die Freiheit zur Verübung neuer Straftaten mißbrauchen könnte. Wie leicht ist das nicht einem Redacteur zu unterstellen? Etwas Ähnliches scheint dem Amtsrichter Becker in Dresden vorgeschwebt zu haben, der unsere dortigen Parteigenossen Dr. Gradnauer vor nicht langer Zeit verhaften ließ. Der Fall ist den Juristen zu bekannt, als daß ich ihn hier erst des

Näheren ausführen müßte. Kein anderer Verhaftungsgrund lag vor, der Angeklagte sollte unschuldig gemacht werden. Es ist beiläufig dieser Amtsrichter Becker derselbe, der in den verschiedenen Bierbockottproceß die wegen des Dresdener Waldschloßhens spielten, es fertig gebracht hat, die Angeklagten, auch den Redacteur des socialdemokratischen Blattes, welches täglich einen Aufruf wegen des Boykotts brachte, zu dem denkbar höchsten Strafmaße zu verurtheilen, weil er nicht eine fortgesetzte Handlung, sondern jeden einzelnen Fall als solchen abhandelte — derselbe Amtsrichter; von dem sich später herausstellte, daß er Actionär der betreffenden bockottirten Brauerei gewesen ist. (Hört, hört bei den Socialdemokraten) von dem daher ruhig gesagt werden kann, daß er sein Richteramt auch dazu benutzt hat, seine capitalistischen Privatinteressen zu vertreten: (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Solche Fälle lassen es wirklich nicht angezeigt erscheinen, die Befugnisse des Richters zu vermehren, soweit die Untersuchungshaft in Frage steht. Ganz entschieden sind wir gegen das Contumacialverfahren, weil da eine Durchbrechung des Princips der Unmittelbarkeit bedeutet. Auch das Wiederaufnahmeverfahren darf nicht noch weiter beschränkt werden. In München ist der Redacteur Schmidt verurtheilt worden, obgleich er gar nicht der Verfasser des incriminirten Artikels war. Trotzdem er das glaublich barthat, den wirklichen Verfasser nannte, gab das Oberlandesgericht dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nicht statt. Die Justiz wußte also, daß Schmidt unschuldig war, sie konnte auch den wirklich Schuldigen und doch was es nicht zu ändern. Ich erinnere ferner an den Fall Bietzen in Elberfeld. Da wunderte man sich noch über den im Volke erhobenen Vorwurf formalistischer Justiz. Wenn die Wiederaufnahme beschränkt wird, dann wird auch die Entschädigung wegen Justizirrhums beschränkt und es wird auf diese Weise mit der einen Hand genommen, was von der andern loeben gegeben wurde. Am schlimmsten kommen dabei immer die großen Massen des Volkes fort, welche kein Geld haben, tüchtige Advokaten bezahlen zu können. Die Entrechtung wird vollends besiegelt durch die Wiedereinführung des Rejumes des Schwurgerichtspräsidenten. Die Rechtsbelehrung ist zwar auch nicht viel besser, wir sind der Meinung, sie könnte ganz weggallen. Die Geschäftsvertheilung durch die Verwaltung, wie sie die Vorlage vorsieht, verwerfen wir ebenfalls, sie bedeutet einen Angriff auf die Unabhängigkeit des Richters. Der sächsische Justizminister sagte hier einmal, er lasse es sich nicht nehmen, auch amtlich mit Richtern über unrichtige Urtheile zu reden. Bei einem sächsischen Justizminister nimmt uns das nicht Wunder, die sächsische Justiz ist bekannt. Aber ich erinnere an den Berliner Fall des Directors Schmidt, der giebt zu denken. Die „Grenzboten“ und Reichsgerichtsrath Mittelstadt haben sich auch dagegen ausgesprochen. Wir meinen, man könnte dann für politische Proceße „politische Kammern“ zusammensetzen, die der jedesmaligen Regierung sehr willfährig sind. Auch an der Competenz der Schwurgerichte haben wir nicht rütteln. Herr von Buchka hat mit dankenswerther Offenherzigkeit die Beilegung der Schwurgerichte verlangt, besonders für politische Proceße in den Particularstaaten, wo ihnen noch ein besonderes Recht eingeräumt ist. Ueber den süddeutschen Partikularismus klagt man jetzt wieder so viel: daß man über verschiedene Eigenschaften, die man als specifisch preussische, berlinische zu bezeichnen gewohnt ist (Sehr richtig links!) in Süddeutschland in allen Kreisen der Bevölkerung nicht erbaut ist, ist eine offenkundige Thatfache. Und wenn Sie uns noch das eine Reservatrecht, die Verweisung der Proceße vor die Geschworenengerichte nehmen wollen, erwerben Sie sich damit neue Empfindlichkeiten für das preussische Weien in Süddeutschland wahrhaftig nicht. Auch wir Socialdemokraten sind keine fanatischen Verehrer der Schwurgerichte; diese haben in politischen Proceßen heute nicht mehr die Bedeutung, die sie anfangs der 50 er Jahre gehabt haben zur damaligen Reactionszeit. (Sehr richtig links!). Heute handelt es sich bei solchen Fragen nicht mehr um Partei, sondern einfach um Klassenfragen, und die heutigen Schwurgerichte sind so zusammengeleht, daß der politisch angeklagte Socialdemokrat vor einem Richtercollegium in vielen Fällen auch nicht schlimmer daran ist als vor einem aus Klassengegnern zusammengesetzten Schwurgericht. — Schänen wir die Schwurgerichte aber auch nicht zu hoch, so müssen wir uns doch dagegen erklären, daß man sie nur als eine Art Anstandesgerichte beibehalten will. — In dem Entwurf sind aber nicht nur Verschlechterungen enthalten, es fehlen auch notwendige Verbesserungen. Vor allem fehlt die Schaffung eines ungewidneten Forums für die Presse. (Sehr richtig links.) Der jetzige Zustand ist einfach unhaltbar. Die Presse ist in Bezug auf den Gerichtsstand gradezu vogelfrei. Ueberall, in jedem beliebigen Winkel Deutschlands, wo das Blatt nur gehalten, oder wo es zufällig hingeworfen wird, vielleicht auch absichtlich, kann der Redacteur angeklagt werden. Die Gelegenheit der Berathung dieses Entwurfs muß benutzt werden, um hier Aenderung zu schaffen. — Dann fehlt aber auch die Herabsetzung der Gerichtskosten, von den Proceßführenden seit lange angestrebt. Unsere Gerichtskosten sind viel zu hoch, sie sind es, die viel mehr als das eigentliche Urtheil den Verurtheilten zu ruiniren geeignet sind. — Es fehlt weiter in dem Entwurf der von tüchtigen Juristen gemachte Vorschlag, einen Versuch mit der sogenannten bedingten Verurtheilung zu machen. Alles das sind sehr gemäßigtere liberale Forderungen, die mit Socialdemokratie wahrhaftig nichts zu thun haben. Aber man vermag sich nicht einmal dazu aufzuschwingen. Es fehlt ferner die Ausdehnung des Geschworenenamtes auf alle Bürger. Nur die Privilegirten werden dazu herangezogen. Ich enthalte mich, auf die eigentlich socialdemokratischen Forderungen, wie sie im zweiten Theil unseres Programms enthalten sind, hier einzugehen das hat hier keinen Zweck. Wenn aber in der Commission nicht der reactionäre Grundzug des Entwurfs beseitigt wird, müssen wir, obgleich wir Freunde der Entschädigung unschuldig Verurtheilter sind, gegen die Vorlage stimmen. (Bravo bei den Sociald.)

Hg. Werner (Antisemit) vermischt gleichfalls die Herabsetzung der Gerichtskosten, über deren Höhe geklagt wurde. Beim Protokoll mußte mit etwas mehr Vorsicht verfahren werden. Wir sind für die Wiedereinführung der Berufung, jedoch gegen die Befugnis, daß die Befugnis und die Vertheilung der Geschäfte der Strafkammern dem Minister vor-

genommen werden. Die Entschädigung unschuldig Verurtheilter wünschen wir ausdehnt, auf diejenigen, die unschuldig in Untersuchungshaft waren. Die Presse befindet sich auch in einer Art von Ausnahmezustand. Sie kann verfolgt werden, von jedem Gericht, an jedem Ort. Mit dem Nachteil sind wir einverstanden, wünschen jedoch nur die Heiligkeit des Eides aufrecht zu erhalten im Volksbewußtsein, nicht einen Eid bei jeder Bagatelle. Wir sind, wie die Socialdemokraten, für die bedingte Verurtheilung. Vor allem aber wünschen wir, im deutschen Reich deutsches Recht von deutschen Richtern gesprochen. Wir treten für die Commissionsberathung ein.

Hg. Frhr. v. Buol-Berenberg (Ctr.): Die Wünsche des Vorredners können in der Commission weiter besprochen werden. Gegen die Einführung der Berufung in der vorgeschlagenen Form hat gestern der Abg. Lenzmann wider Willen die schärfste Waffe geliefert, als er von dem Fall erzählte, wo ein Mann zu fünf Jahr Zuchthaus auf Grund einer verlesenen Aussage verurtheilt wurde, während er später freigesprochen wurde, als man den Zeugen persönlich vernahm. Bei Einführung der Berufung erleidet die Mündlichkeit des Verfahrens arge Einbußen. Der Schutz des Angeklagten darf durch die Berufung nicht vermindert werden. Mit der Ausübung der Competenz der Schöffengerichte und der Einschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichte bin ich einverstanden. Ebenso stimme ich der Entschädigung unschuldig Verurtheilter in der vorgeschlagenen Form zu, daß sie nämlich nur dann gewährt werde, wenn die Unschuld nachgewiesen ist.

Dr. v. Marquardsen (natl.): Ich bin ein entschiedener Gegner der Berufung, sowie mein College Caneccerus, ihr entschiedener Freund ist, und stimme darin völlig mit meinem Vorredner überein. Eine Revision der gesammten Strafproceßordnung wäre am Platze, aber diese Vorlage ist zu sehr auf preussische Verhältnisse zugeschnitten. Es spielen ja die Späßen von den Dächern, daß es sich hier um eine rein preussische Vorlage handelt. Süddeutschland ist dabei ganz unberücksichtigt gelassen. Die Geschäftsvertheilung nach dem Vorschlage der Regierung zu ändern, erscheint nicht unbedenklich. Bei der Berathung der Umstrukturvorlage wies der Staatssecretär gegenüber allen Bedenken auf die Unabhängigkeit der Richter hin. Gewiß, wir haben zu den Richtern Vertrauen, aber es ist doch immer etwas anderes, ob die Befugnis der Strafkammer von dem Präsidenten oder durch den Minister bestimmt wird. Gerade bei solchen Proceßen tritt die Bedeutung dieser Aenderung scharf hervor. Die Befugnis der Strafkammern mit 3 Richtern giebt dem Angeklagten einen größeren Schutz. Dagegen ist gegen die Wiederherstellung des Rejumes des Vorsitzenden bei Schwurgerichtsverhandlungen nichts einzuwenden.

Hg. Verno (Centr.) spricht sich für die Berufung und für die Entschädigung unschuldig Verurtheilter aus.

Hg. Hilpert (bayr. Bauernb.) wünscht nicht nur die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, sondern auch für diejenigen, die unschuldig in Untersuchungshaft waren. Bei Bagatellsachen dürfte es sich empfehlen, den Eid durch ein Handgellübde zu ersetzen.

Hg. v. Szarlinski (Pole) wünscht, daß der Eid den Zeugen in ihrer Muttersprache abgenommen werde; aus Mißverständnissen könnte es häufig zu Meiniden.

Die Debatte wird geschlossen. Die Vorlage geht an eine Commission von 28 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Erste Berathung der Zolltarifnovelle. Schluß 5 Uhr.

Locales.

Breslau, den 21. Januar 1895.

— [„National-Glückwunsch für den Fürsten Bismarck.“] Die deutsche Reichsrechtshule hat eine Speculation auf die Bismarckandere: in Scene gesetzt. Das genannte Institut will zum 80. Geburtstag des Nationalheros eine für 10 Pfennige käufliche „Fest-Postkarte“ herausgeben, mit der dem Bismarck die Gratulation der Absender übermittelt werden müsse. In einem fast an alle Zeitungen versandten Circular heißt es:

„Auf der Schriftseite dieser Karte ist der allgemeine Glückwunsch in den Worten vorgegedruckt: „In Alldeutscher Jubelgruß und Glückwunsch zu Ew. Durchlaucht 80. Geburtstag stimmt freudig und ehrfurchtsvoll ein“, hier soll jeder Gratulant mit Namen, Stand und Adresse unterschreiben. — Die Deutsche Reichsrechtshule hofft auf diese Weise eine Ehrung zu Stande zu bringen, wie sie in dieser Großartigkeit und Unmittelbarkeit wohl noch keinem Sterblichen zu Theil geworden ist. — Um aber neben der Guldigung die allen patriotischen Deutschen aus dem Herzen kommen wird, der Veranstaltung noch einen besonders tiefen, sittlichen Inhalt zu geben, soll ein Theil des Erlöses aus dem Verkauf der National-Glückwunschkarten dem zu erbauenden neuen Reichswaisenhause übermessen werden.“

Es scheint immer mehr Mode zu werden, mit der heroischen Betätigung des Bismarckcultus auch Geschäfte zu machen.

[Stadtverordneten-Versammlung.] Donnerstag, den 24. Januar, findet keine Sitzung statt.

— [Zur Neubezifferung der Straßen Breslau's.] In weiterer Durchführung der neuen Norm für die Bezifferung der Straßen hat der „Schles. Volksztg.“ zufolge, die städtische Verwaltungsbehörde während des abgelassenen Jahres mit fortlaufenden Nummern (auf der linken Seite mit geraden, auf der rechten mit ungeraden) die Straßbüste auf der Kaiserstraße, der Stebenhufenstraße, der Niedergasse, der Bohrauer, der Hedwigstraße und theilweise auch der

Gräßschener und der Friedrichstraße bezeichnen lassen. Diese Bezifferung beginnt bei der Klosterstraße am Stadtgraben. Die ungeraden Nummern der rechten Seite laufen bis 141, die der linken Seite bis 148 fort. Die Klosterstraße ist somit die längste Straße Breslau's; die nächstlängste, die Kaiser-Wilhelmstraße, zählt bisher nur 124 Grundstücke. Dann folgen als längste die Gräßschenerstraße, die Fürstenstraße, die Friedrichstraße, die Friedrich-Wilhelmstraße, welche letztere noch vorläufig die alte Bezifferung beibehält. Auf der Siebenhufenerstraße laufen die Nummern der rechten Seite von 1-83 und auf der linken (einschließlich Verlängerte Siebenhufenerstraße) bis 74. Bei den Ziffern 50 und 83 ist noch die Bezeichnung der Nachbargrundstücke mit 50a und 83a und 83b gewährt. Auf der Niedergasse befinden sich nach der Neubezifferung auf der rechten Seite die ungeraden Nummern 1 bis incl. 27, auf der linken die geraden von 2 bis 23 resp. 22a. Auf der Gräßschenerstraße sind auf der rechten Seite die ungeraden Ziffern von 105 bis 123 neu eingeführt, auf der Hohrauerstraße und zwar auf derselben Seite die Ziffern 7, 27, 27a und für Neubauten die Ziffern 73 bis incl. 83. Auf der Friedrichstraße sind an der rechten Seite von der Leichstraße an, die neuen Ziffern von 1 bis einschl. 29 eingeführt. Die neue Hedwigstraße hat die Nummern rechts 1 bis 9, links 2 bis 12, der ebenfalls neubebaute Weissenburgerplatz die in der normalen Reihe folgenden Ziffern 1 bis 11. Die Brodauerstraße, früher Hubener Weg, ist noch ungebaut.

[Zum Besuch des städtischen Elektrizitätswerkes.] Auf eine Anfrage betr. den Besuch des städtischen Elektrizitätswerkes hat Director Zeitgebel erwidert, das fortan das städtische Elektrizitätswerk aus Betriebsrücksichten nur noch für technische Vereine oder eine beschränkte Zahl von Personen zugänglich sei.

[Der Betrieb der Stadtbriefbeförderung der „Hansa“] hat sich derart gesteigert, so daß in der letzten Zeit eine Anzahl der zuerst angebrachten Briefkästen durch erheblich größere ersetzt werden mußte. Diese Kästen sind, ähnlich wie die Kästen der Reichspost, mit verstellbaren Ziffern versehen, welche die Zeit des Abfahrens angeben.

[Das sociale Empfinden.] von welchem sich das Reichsversicherungsamt bei seiner Rechtsprechung leiten läßt, hat dieser Behörde in der letzten Zeit eine Reihe gehässiger Angriffe aus gewissen Kreisen eingebracht, denen ein solches Empfinden etwas Fremdes, Unverständliches ist. Diejenige Kreise ist natürlich das Reichsversicherungsamt ein Dorn im Auge, und sie lassen nichts unversucht, um es in Mißcredit zu bringen. Als ein solcher Versuch kennzeichnet sich auch die neuerdings von einer gewissen Seite aufgestellte Behauptung, das Reichsversicherungsamt stelle sich zum Schaden der Arbeitgeber principiell auf die Seite der Arbeitnehmer. An der Hand der im Nachstehenden mitgetheilten Entscheidung constatirt die „Berliner Volkszeitung“ mit Genugthuung, daß sich das Reichsversicherungsamt von dem Wege, den es bisher gegangen ist, nicht abdrängen läßt. Der Landwirt Rienz begab sich im November v. J. zu einem Wagner, um Wagemäder und andere zum Wagen gehörige Theile zu bestellen. In der Werkstatt des Wagners hatte nun Rienz das Unglück, daß ihm ein Splinter in das Auge slog und letzteres erheblich beschädigte. Die Berufsgenossenschaft lehnte es ab, dem Verletzten eine Unfallrente zu gewähren, da er nicht im landwirthschaftlichen Betriebe, sondern in der Werkstatt eines Wagners zu Schaden gekommen sei. Auf die Berufung des Verletzten verurtheilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Anzahlung, da der landwirthschaftliche Betrieb ihn beschäftigt habe, die fragliche Beschäftigung beim Wagner zu machen. Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft Recurs beim Reichsversicherungsamt ein und erklärte die Berufung für unzutreffend. Es müßte angenommen werden, daß Rienz einer Gefahr des gewöhnlichen Lebens zum Opfer gefallen sei. Rienz sei außerhalb des landwirthschaftlichen Betriebes verunfallt und zu Schaden gekommen, als er in geschäftlicher Thätigkeit seines Berufs thätig gewesen sei, während doch nur der technische Betrieb der Berufsgenossenschaft sei. Das Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsraths Dr. Carrasin entschied am 17. d. M. den Recurs der Berufsgenossenschaft an der Hauptsache für nicht begründet. Es sagt an, daß es sich im vorliegenden Falle um einen kleinen Betriebsunternehmer handle; für die Verantwortlichkeit eines solchen kann man aber nicht so enge Schranken ziehen, wie es bei der Industrie zu geschehen pflegt.

[Volksvorstellung im Thalia-Theater.] Montag, den 28. d. M. findet, wie bereits mitgetheilt, die erste Volksvorstellung im Thalia-Theater statt. Zur Aufführung gelangt „Kabale und Liebe“, Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller. Der Beginn der Vorstellung ist auf acht Uhr Abends angesetzt. Die Billetausgabe findet täglich von 7 bis 10 Uhr Abends nur im „Weißen Hause“, Schmiedebrücke 51. bei Herrn Constantin Vogel, statt.

Bestellungen auf Billets werden von den Genossen Arthur Bergmann, Adalbertstraße 26, II., August Stowronel, Vincenzstr. 8, III., J. Weiße, An den Kasernen 7b und der Expedition der „Volkswacht“ entgegengenommen.

Die Preise der Plätze sind wie folgt festgesetzt: 1. Rang 70 Pf., Parquet und Balcon 60 Pf., Sperrsitze 50 Pf., 2. Rang 30 Pf., 3. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.

Die Vereine und Gewerkschaften werden ersucht, etwaige Mitglieder-Versammlungen Montag, den 28. d. M. ausfallen zu lassen und rufe für den Absatz der Billets zu wirken. Besonders muß noch betont werden, daß ein Jeder, wie er von der Arbeit kommt, in seinem „Altagstod“ diese Theatervorstellung besuchen kann.

[Stadt-Theater.] Montag, geht Wagners „Trianon und Solide“ in Scene. Dienstag findet die zweite Aufführung des Schauspiels „Das Recht zu lieben“ von Max Nordau statt.

[Eppmanns Panoptikum.] Das seit einigen Monaten in der Dhlauerstraße 64 ausgestellte Panoptikum erfreut sich des größten Zuspruchs, da es auch mit Recht infolge seiner Reichhaltigkeit und der ausgezeichneten Darbietungen zu den besten derartigen Ausstellungen gezählt werden darf. Das Neueste was das Panoptikum zur Zeit aufzuweisen hat, ist Casimir Perier, der Expräsident von Frankreich. Ebenfalls sind in dem schönen Panorama wieder neue Ansichten aufgestellt. Außerdem ist das Panoptikum nicht nur jungen Leuten zu empfehlen, denn es enthält nur Gegenstände die jeder Familienvater seinen Kindern und Familienangehörigen gerne zeigen wird, weil er weiß, daß damit neben angenehmer Unterhaltung eine Fülle neuen Wissens geboten wird.

[Das Aussehen der Wasserfilter] der städtischen Wasserwerke ist bei vier Filtern erfolgt; Filter I ist bereits zum zweiten Male ausgereinigt worden. Das Eis hatte eine Stärke von 4 bis 6 Zoll; meistens haben hiesige Brauereien das Eis, welches in einer Menge von etwa 500 bis 600 Fuhren gefördert worden ist, bezogen.

[Der Abruch des Karzergebäudes am Universitätsgebäude] wird in der nächsten Zeit erfolgen. Nach der „S. L. Ztg.“ ist die Universitätsbauverwaltung auf Anordnung des Cultusministers angewiesen worden, den Abruch des genannten Gebäudes so rechtzeitig zu bewirken, daß der Neubau des chemischen Instituts sofort nach Herstellung des Staatshaushaltetat's für 1. April 1893/96 in Angriff genommen werden kann.

[Im städtischen Leihamt] war Anfang Dezember ein Bestand von 9881 Pfändern bei einem Pfandcapital von 222,588 Mark vorhanden. Der Zugang betrug im Laufe des Monats 1417 Pfänder mit 28,127 Mark Pfandcapital; eingelöst wurden 1379 Pfänder mit 32,082 Mark Pfandcapital, 1000 Pfänder December ein Bestand von 9919 Pfändern mit einem Pfandwerthe von 218,635 Mark verblieb. Diese Zahlen zeigen recht deutlich, in welchem Maße der Roth die gerade in den Wintermonaten herrscht. Gewisse Leute heucheln trotzdem, daß ein Rothstand besteht. Man, Zahlen bewahren.

[Feuer.] Am 18. d. Mts, Abends, kurz vor halb 10 Uhr, war in der im ersten Stock des Hauses Kaiser Wilhelmstraße Nr. 89 belegenen Küche, wahrscheinlich durch glühende Kohlen, welche aus der Feuerung gefallen waren, die Dichtung rechts der dazwischen liegenden Balkendecke in Brand gerathen. Das Feuer wurde von der herabgerufenen Feuerwehr mit der kleinen Handspitze gelöscht.

[Aus dem Hauptbureau des Polizeipräsidenten] sind nachbenannte Bettstücken, die im Monat October gefunden wurden, nicht abgeholt worden: Zwei Zehnwandstücke und ein Zehnwandstück, eine Dose in Form einer Dose, ein Resoillon mit Pyrographie und ein Stücken, welches unter anderem ein goldenes Kreuz in einem schwarzen Bande enthält.

[Gestohlen] wurden am 17. d. Mts. auf der Rone Schenkungstraße von dem Wagon eines Fuhrmanns des Kroll'sch. postl. Kisten Cigaretten im Werthe von 33 Mark. — Auf der Schwendstraße wurde von einem Knecht ein Stücken entwendet, welches

15 Mark und eine Weckeruhr, gez. „8043 V. S.“ enthielt.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 18. d. Mts. wurden 40 Personen. — Gestohlen von einem Bierwagen ein Kasten mit leeren Flaschen. — Abhanden gekommen: zwei Portemonnaies mit 17 und 18 Mark Inhalt, eine goldene Damenremonteuhr mit Kette, eine Mäntelbroche und ein Granatarmband. — Gefunden: ein Packet braunes Papier.

Eine öffentliche Buchbinder-Versammlung am Sonntag Mittag 11 Uhr in Edlich's Brauerei, Neumarkt („Drei Tauben“) statt. Tagesordnung war: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Wirkung“ u. Der Referent Genosse P. Kühn führte in längeren Ausführungen die Ursachen des heutigen Rothstandes den Anwesenden vor Augen und betonte, daß alle die Palliativmittelchen, welche von der bürgerlichen Gesellschaft angewandt werden, um den Roth zu steuern, nur Tropfen auf einen Stein seien, ein vollständige Befundung unserer Lage erst erzielt werden könne durch Abschaffung des privatcapitalistischen Productionssystems. Dieses könne aber nur erreicht werden durch eine straffe Massenorganisation der Ausgebeuteten. In der darauffolgenden Discussion meldeten sich mehrere Collegen zum Wort.

In seinem Schlußwort kritisirte Redner noch die Buchbinder-Gewerbe mehr übernehmende Zuchtarbeit. Nach Schluß der Versammlung traten eine Anzahl Collegen dem Verbands der Buchbinder u. bei. Eine Gold- und Silberarbeiter-Versammlung am Sonntag Nachmittag 4 Uhr in Edlich's Local Neumarkt 8, stattfand und sehr gut besucht war, beschäftigte sich ebenfalls mit den Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit. Das Referat hatte Genosse P. Kühn übernommen; seine längeren Ausführungen fanden allseitig lebhaft Zustimmung. — Hierauf erfolgte die Wahl eines Delegirten für das Gewerkschaftscomité. Ein großer Theil der Anwesenden ließ sich als Mitglied in die bestehende Organisation aufnehmen.

Schlesien.

* Ober-Schönwalde bei Silberberg. Am Sonntag den 13. Januar fand hier eine Volksversammlung statt, die sich wie der „Proletarier a. d. S.“ berichtet, wesentlich unterschieden von der am 16. December v. J. hier im Gasthause „zur Friedrichshöh“ abgehaltenen Versammlung gestaltete. Schon frühzeitig kamen aus allen Orten der Umgebung der Ultramontanen zu Fuß und per Schlitten, um rechtzeitig den Saal zu füllen. Kalt es doch, das herrliche und fröhliche Schönwalde gegen den Angriff der bösen Nothe zu verteidigen! Von der „Frankenst.-Münster. Ztg.“ waren die Schwarzen zum rechtzeitigen Erscheinen eingeladen worden und auch die Geistesfreiheit von Silberberg, Schönwalde und Umgebung hatte ihr Möglichstes gethan, um den Saal mit getreuen Schächern zu füllen. Um 3 Uhr war der Saal vollständig gefüllt, über 500 Menschen waren anwesend. Die Polizei sperrte den Saal ab, so daß Niemand mehr Einlaß fand; wodurch ein großer Theil unser leider spät erschienenen Genossen nicht mehr hinein konnte. Genosse August Kühn als Referent gab in seinen Ausführungen ein Bild von den schlechten wirthschaftlichen Verhältnissen der socialdemokratischen Partei in ruhiger sachlicher Weise. Aber wie der Stier müthend vor der rothen Farbe wird, die Ultramontanen, wenn sie socialdemokratische Worte hören. Aus der Versammlung kamen mehrere Anträge auf Schluß des Vortrages und in der That meckelte die ultramontane Mehrheit des freie Wort. Kühn hatte nur ungefähr eine Stunde gesprochen. Als nächster Redner hatte Pfarrer Kramer ein paar Worte. Derselbe forderte hauptsächlich Vertrauen zu der Regierung und zu den Abgeordneten; außerdem suchte er einige nicht gemachte Angriffe gegen das Christenthum zurückzuweisen. Hierauf erhielt Genosse Feldmann das Wort. Kaum hatte er einige Worte gesprochen, als die Gegner ein Indianergeheul anstimmten und der Vorsitzende ihm das Wort entzog. — Pastor Lehmann, der nunmehr seinen Speech beginnt, sagt sehr zutreffend: durch die Heirathsannoncen zieht die bürgerliche Gesellschaft die Ehe in den Roth. Dann liest er noch einige Stellen aus einem Turnerliederbuch vor und damit ist im Wesentlichen sein geistlicher Kampf zu Ende. Genosse Kühn beipricht noch einmal den Programmpunkt Religion ist Privatfache, weist ferner die bisher gemachten Einwürfe der Gegner zurück und dann kommt der ultramontane Weber Saueremann-Ludwigsdorf zum Wort. Dieser hat sich ordentlich mit Citaten gerüstet und macht in persönlichen Beleidigungen a la „Stinktopf“, wofür Kühn ihm in zutreffender Weise entgegnet. Abwechslend sprach nun noch Kramer, Lehmann, Kühn, Lux und Feldmann. Unsere Genossen konnten sagen, was sie wollten, sie wurden niedergedrückt. Als Feldmann die Rufesführer zur Schlußzeit, gab es einen Ordnungsruf von Herrn Pastor Lehmann und natürlich auch Wortentziehung. Die anwesenden Gegner wurden in ihren Unterbrechungen immer lebender und wilder. Befestigungsversuche waren fruchtlos. Dieses brutale Niederdrücken der Gegner wurde schließlich in gebührender Weise gekennzeichnet. Die Versammlung selbst verfiel in Folge der zunehmenden Unruhe schließlich der polizeilichen Auflösung.

Gestohlen, 18. Januar. Die Roth und Beschäftigungslosigkeit hatte das jetzt erst 17jährige Dienstmädchen Anna aus Breslau, gegenwärtig hierseits in Diensten stehend, zu Diebstahl gemacht. Da die Angeklagte nicht mehr wußte, wo sie sich ohne Stellung und ohne Geldmittel hierseits durchbringen sollte und deshalb zu ihrem Eltern nach Hause zurückkehren wollte ihr aber auch hierzu Mittel nicht zur Verfügung standen, entwendete sie der unverschämten Erntehine hierseits, bei der sie einige Zeit unterkommen gefunden hatte, ein Paar Schuhe, um dieselben zu verkaufen. Die Schuhe sind wieder in Besitz der Eigenthümerin gelangt.

Das hiesige Gericht verurtheilte das arme Mädchen zu 3 Tagen Gefängnis. In diesen Falle immerhin eine harte Strafe.

Am 18. Januar. Ein schneidiger Amtsdienner Ewald Rieger in Deuthen zu vorbestrafter Geldstrafe von 50 Mark verurtheilt. Bei einer Schlägerei im Mai v. J. hat er den Schlepper Vorsig mit dem blanken Säbel wiederholt geschlagen und ihn auch am Kopfe verwundet. Ferner hatte sich der Angeklagte bei dieser Gelegenheit einer Bedrohung schuldig gemacht.

Gerichtliches.

Ein Nachspiel zu dem Falle des Prinzen Georg von Sachsen. Zu den Zeitungen, welche den vom "Vorwärts" veröffentlichten Erlaß des Prinzen Georg über die Soldatenmißhandlungen im 12. Armeekorps nachdrucken, gehörte auch "das Stadtblatt für Neusalz". Diese Zeitung hat aber noch ein Uebrigtes, indem der Verfasser des betreffenden Artikels aus seiner Erfahrung die Mißhandlungen von Soldaten durch ihre Unteroffiziere in einer überschlüssigen Stadt, welche an Höheit und Grausamkeit den vom Prinzen Georg erwähnten nicht nachstünden, beschrieb. Die Unteroffiziere, die sich so gräßlich an ihren Untergebenen vergangen haben sollten, belegte er wahrscheinlich in der Erregung, mit beschimpfenden Namen.

Der kommandirende General des VI. Armeekorps, v. Bewinsky, stellte infolgedessen für das Unteroffizierkorps gegen den Herausgeber und Redakteur des "Neusalzer Stadtbl." des Buchdruckereibesitzer Max Silz, Strafantrag. Das Landgericht zu Glogau, vor dem Silz sich am 25. September 1893 verurtheilt hatte, sprach ihn indessen von Strafe und Kosten frei, weil in den an den Erlaß geknüpften Bemerkungen keine Personen namhaft gemacht waren, die sich vielleicht hätten beleidigt fühlen können. Wegen des freisprechenden Urtheils legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urtheil des Landgerichts Glogau auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zu Breslau. Der Termin zur Verhandlung fand am 15. Januar cr. statt.

Der Angeklagte, der vom persönlichen Erscheinen entbunden war, wurde durch einen Glogauer Rechtsanwalt vertreten. Dieser trat in allen in den Urtheil gelangenen Wahrheitsbeweis an. Durch verschiedene Zeugen, welche kommissarisch vernommen worden waren, wie auch durch Verlesung einiger kriegsgerichtlicher Erkenntnisse, welche letztere unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde festgestellt, daß in Obereschlesien grobe Soldatenmißhandlungen vorgekommen sind. Das Urtheil des Breslauer Landgerichts ging deshalb dahin, daß keine verkleumdliche Beleidigung nach § 186 des St.-G.-B., sondern nur eine einfache vorliege, die in dem verletzenden Ausdrücken im incriminirten Artikel erblickt werde, weshalb nur auf eine niedrige Geldstrafe zu erkennen sei. Das Urtheil lautete auf 30 Mark oder drei Tage Haft.

Parlamentarisches.

Sitzung der Budgetcommission vom Sonnabend, den 19. Januar. Generalmajor v. Gemmingen giebt Aufschluß über das Verfahren bei Vergebung von Lieferungen für die Armee. Die Vergebungen finden im Juni jeden Jahres für das nächste Etatsjahr statt. Seit dem Jahre 1890 seien die Bekleidungsämter mit der Vergebung der Lieferungen beauftragt und wurden die sich meldenden Fabrikanten, so weit man sie für leistungsfähig hielt, auf die verschiedenen Bekleidungsämter vertheilt, so daß jedem etwa 25 Lieferungen zugetheilt wurden. Jetzt sei die Zahl der Lieferanten für Tuche auf etwa 95 beschränkt, die das Siebenfache dessen zu liefern vermöchten, was gebraucht werde. Die Fabrikanten müßten sich auf die Ansprüche der Militärverwaltung einrichten können, deshalb könne nicht jeder genommen werden. Eine Steigerung der Preise für Tuch sei seit dem Bestand der Bekleidungsämter nicht eingetreten. Das sei zum ersten Mal im vorigen Jahr geschehen, darauf habe aber die Militärverwaltung im Juli sofort eine Ordre erlassen des Inhalts, daß, da es scheint, daß nur durch künstliche Mittel die Preise in die Höhe getrieben werden sollten, diejenigen Fabrikanten von Lieferungen ausgeschlossen würden, die sich an dergleichen Manipulationen beteiligten. Nach den mitgetheilten Preisen in den verschiedenen Jahren sind diese seit Anfang der achtziger Jahre mehrfach um mehr als die Hälfte gestiegen. Zweifellos sei im letzten Jahre eine Ringbildung zur Erhöhung der Preise vorhanden gewesen. Die Militärverwaltung sei geru bereit, auch eine andere Art für die Vergebung der Lieferungen vorzunehmen, sobald man ihr dazu den Weg zeige. Abg. Dr. Müller-Fulda findet, daß nicht widerlegt worden sei, daß trotz stetig billiger gewordenen Rohmaterialien (der Wolle) die Preise der Tuche in den letzten Jahren statt billiger theurer gewesen seien. Der Redner führt Namen von Fabrikanten und ihre Forderungen an, die zeigen, daß Verhandlungen unter denselben bei der Preisstellung vorhanden waren. Seine Mittheilungen rührten von einem der größten Militärlieferanten, der selbst theilhaftig sei und stets billige Preise stellte, derselbe macht auch Vorschläge, wie künftig die Militärverwaltung zu guten und billigen Preisen kommen könnte. Generalmajor v. Gemmingen: Für dies Jahr sei nichts mehr zu machen, für das nächste Jahr wolle die Militärverwaltung die vorgeschlagenen Maßregeln gern berücksichtigen; aber die kleinen Unternehmer gingen dabei zu Grunde, man komme schließlich dazu, alles in einige große Fabriken zu geben. Richter kommt im Allgemeinen auf die Ringbildung zu sprechen, tritt für die Regierungsmaßregeln als verfehlt, plädiert für die Zulassung der freien Concurrenz. Die Vergebung müsse von einer Centralstelle ausgehen. Bebel: Würden die geforderten Lieferungen schon das Jahr vorher abgeschlossen, dann setze der Reichstag vor einer unüberwindlichen Thatsache und sein Bewilligungsrecht sei aufgehoben. Das sei unmöglich aufrecht zu erhalten. Nach Generalmajor v. Gemmingen scheint es, als wolle die Militärverwaltung bei Vergebung der Lieferungen eine Art Socialpolitik betreiben. Dazu habe sie keinen Auftrag, wolle sie das, so müsse sie sich über die Grundzüge dieser Socialpolitik mit dem Reichstag verständigen. Wohl sollten auch

kleine Unternehmer bei Preislieferungen bedacht werden, aber nicht zu höheren Preisen. Was diese mehr erhielten, müßten die arbeitenden Klassen auf dem Wege der indirecten Steuern bezahlen. Die Militärverwaltung treibe den Teufel mit Belzebub aus, ihr System sei eine Begünstigung der Ringe wider Willen. Diese seien aber ein Uebel, wie selbst Hamacher, der in Sachen der Ringbildung doch Sachverständiger sei, zugegeben habe; auf der einen Seite wolle die Militärverwaltung durch ihre Maßnahmen ein Uebel verhüten, auf der anderen Seite begünstige sie ein noch schlimmeres Uebel. Die Vergebungsmethode zwänge auch die begünstigten Lieferanten zu unnatürlicher Vergrößerung der Productionseinrichtungen, zu Ueberstunden u., wohingegen auf der anderen Seite zehntausende von Arbeitern arbeitslos blieben. Diese Methode habe denn auch naturgemäß Preissteigerungen zur Folge. Darin müsse Wandel geschafft werden. v. Gemmingen: Socialpolitik solle nicht getrieben werden, es handle sich um etwas historisch Gewordenes, indem durch eine Cabinetsordre vom Jahre 1833 gewisse Verpflichtungen für Lieferungsvertheilung eingegangen wurden. Bebel acceptirt, daß keine Socialpolitik getrieben werden solle, wendet sich aber entschieden dagegen, daß eine Cabinetsordre vom Jahre 1833 für die Vergebung von Lieferungen maßgebend sein solle, die betreffenden Personen seien ja längst gestorben, ob hier ein Erbrecht für so lange als die heutigen Zustände bestehen, abgeleitet werden solle. Das Reich habe keine Verpflichtung, den Inhalt einer Cabinetsordre vom Jahre 1833 als bindend anzuerkennen. v. Gemmingen: Es handle sich nicht um Personen, sondern um gewisse kleine Centren, deren Productionsfähigkeit man bei freier Concurrenz zerstören würde. Richter schließt sich in Bezug auf die Bedeutung der Cabinetsordre Bebel an. Staatssecretär v. Posadowsky meint, das Verlangen Bebel's über die hier geforderten Beträge auch nach Ermessen beschließen zu können, sei erst dann durchführbar, wenn der Reichstag eine einmalige außerordentliche Bewilligung gewähre, durch welche der Hauptbedarf an Tuchen gedeckt werde, so daß es sich später nur um Ergänzungen handle. Dr. Müller-Fulda beantragt die mehrgeforderten 415,672 Mk. zu streichen. Geh. Rath Koch widerspricht dem, die eingegangenen Verpflichtungen müßten erfüllt werden. Enneccerus erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag Müller und gegen unbedingt freie Concurrenz, wie sie Bebel fordert. Richter wiederholt, daß er mit dem jetzt beliebten Verfahren nicht einverstanden sein könne und verlangt Garantien gegen willkürliche Veränderungen in der Uniformierung, er meint, daß dies erzwingen werden müsse durch Kürzung der Forderung. v. Kardorff: Die Regierung habe ja eine bezügliche Zusage gemacht, man solle ihre Vorschläge abwarten. Bebel wendet sich gegen Enneccerus, der ihm Anschauungen unterstellt, die er gar nicht gemacht. Hamacher beantragt zu beschließen: Die Militärverwaltung zu ersuchen, die Vergebung von Militärlieferungen zu centralisiren, einen größeren Kreis von Submittenten zuzulassen und einen dem Beginn des Etatsjahres näheren Termin für die Lieferungen zu bestimmen. Der Antrag Müller-Fulda, 415,672 Mark abzusetzen, wird mit Mehrheit angenommen, ebenso findet die Resolution Hamacher mit großer Mehrheit Zustimmung.

Es entsteht eine lange Debatte über die Einrichtung der Bekleidungsämter, die mit der Bewilligung der geforderten Mehrausgaben endet.

Die Reichstagsbau-Commission trat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Staatssecretärs des Innern v. Bötticher zusammen. Den ersten Gegenstand der Berathung bildete die Feststellung der über dem Westportal des Hauses anzubringenden Inschrift. Nach einer längeren Discussion, in welcher mehrere Vorschläge gemacht wurden, fand die Inschrift "Dem deutschen Reich" die Zustimmung der Majorität der Commission, während eine Minorität die Worte "Kaiser und Reich" auf der Inschriftstafel anbringen wollte. Des weiteren beschäftigte sich die Commission mit der Feststellung des Bedarfs für das nächste Etatsjahr zum Zweck der künstlerischen Ausschmückung des Reichstages. In Bezug hierauf wurde die Fortführung der in Vorbereitung befindlichen Arbeiten beschlossen und sind die hierzu notwendigen Mittel im Etat beantragt. In der großen Wandelhalle ist die Aufstellung des Standbildes Kaiser Wilhelm I. in Aussicht genommen worden und wurden die zur Modelausführung notwendigen Mittel bewilligt. Ein im Besitz des preussischen Staates befindliches Colossalgemälde (Mothose der Gründung des Deutschen Reichs) soll in einem der großen Säle des Obergeschosses Unterkunft finden. Auf Anregung des Abgeordneten Singer beschloß die Commission, die Reichstags-Bauverwaltung zu ersuchen, behördlich bei dem Nord- und Südeingang des Reichstages Portierlogen anbringen zu lassen, damit die Beamten vor Kälte geschützt werden und einen angemessenen Aufenthaltort bekommen. Den Schluß der Commissions-Berhandlungen bildete die Erwörterung über die vertragsmäßig festzustellende weitere Thätigkeit und die Remunerirung des leitenden Architekten. Der Geheime Baurath Wallot ist für die Beaufsichtigung und Leitung der noch rückständigen Theile des Reichstagsbaues, so wie für die Lieferung der noch fehlenden Zeichnungen gewonnen worden.

Kleine Rundschau.

Stattige Kaufereien sind augenblicklich unter den durch "Bildung und Besitz" ausgezeichneten wieder an der Tagesordnung: Aus Marburg berichten dortige Blätter über ein Säbelduell zwischen einem Offizier des dort garnisonirenden Jäger-Bataillons und einem Referendar, der im vorigen Jahre in Marburg sein Jahr abdiene. Der Offizier wurde schwer verwundet. Aus Danzig meldet man: Bei Langfuhr hat zwischen einem Rittergutsbesitzer G. und einem Privatmann in Folge eines Streites in einem Restaurant ein Duell stattgefunden, wobei der Letztere leicht am Unterarm verletzt wurde, während G. eine lebensgefährliche Verwundung erhielt. Mailand, 17. Januar. Der Mörder des Generalprocurators Celli heißt Anton Reali. Derselbe verurtheilt seit 1873 in Folge von 14 Verurtheilungen 18 Jahre im Gefängnis. Am 8. Januar hatte er eine wegen Diebstahls

und Sittlichkeitsverbrechens verhängte 4-jährige Gefängnisstrafe verbüßt; gestern verschwand er aus seiner Wohnung, wo er besonders überwacht wurde.

Bologna, 17. Januar. In dem Maglio-Canal verschüttete eine Locomotive ein Haus. Ein zweijähriger Knabe und ein Mädchen von 20 Jahren wurden getödtet, ein junges Bursche wurde am Kopf schwer verletzt.

Paris, 18. Januar. Der Lustspielbichter Masul Toche erschof sich wegen Spielschulden.

London, 18. Januar. Die "Times" meldet aus Peking: General Wei wurde am 16. dieses Monats hingerichtet.

Stogo, 17. Januar. Die Japaner schlugen eine starke Abtheilung Longhals vollständig, tödteten 300 und zerstreuten die Uebrigen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Januar. Den "Berliner N. Nachr." wird bestätigt, daß sowohl General v. Lewinsky wie noch drei andere Generale ihr Abschiedsgesuch einreichen werden. Das wird den deutschen Steuerzahlern wieder einige flotte Pensionen kosten.

Der zweite Vicepräsident des Herrenhauses, der Oberbürgermeister von Magdeburg, Böttcher, ist in der Nacht zum Sonnabend plötzlich einem Herzschlage erlegen.

Wien, 19. Januar. Eine Reihe Warschauer, wegen der Chinkist-Demonstration relegirter Studenten hospitiere, seitdem an der Lemberger Universität. Es wurde ihnen jetzt die nachgesuchte Immatrikulation abgeschlagen.

Troppan, 20. Januar. Im Landtag beantragte Cardinal Fürstbischof Dr. Kopp die Vermehrung der Religionsstunden in den Volksschulen und die Ertheilung des Religionsunterrichts unter Zuhilfenahme von Lehrern.

Paris, 20. Januar. Bourgeois, welcher Abends vom Präsidenten Faure empfangen wurde, hat die Bildung eines Concentrations-Ministeriums übernommen. Doumer, Cabaignac und Poincaré werden sich daran beteiligen. Das Programm des neuen Ministeriums wird eine partielle Amnestie enthalten, welche sich auf Rochefort und Gault-Michard erstreckt, aber die Anarchisten nicht einschließen soll. Die progressive Einkommensteuer wird keinen Punkt des Programms bilden.

La Rochelle, 20. Januar. Dreyfus traf gestern Abend zum Transport nach der Insel Re ein. Dreyfus wurde von der Menge erkannt; man wartete längere Zeit im Bahnhofsgelände; als Dreyfus hinausgeführt wurde, stürzte sich die Menge auf ihn, schlug ihn mit Stöcken und Regenschirmen und rief: "Tödtet ihn!" Die Gendarmen konnten Dreyfus nur mit großer Mühe schützen und zum Wagen geleiten. Schließlich wurde der Wagen mit dem Gefangenen nach dem Anlegeplatz des Dampfers gebracht.

Rizza, 19. Januar. In der Affaire der hiesigen Transport-Gesellschaft wurden drei weitere Verhaftungen vorgenommen; unter den Verhafteten befindet sich der Secretär und die Deputirten René und Gautier. Betreffs des Letzteren wurden sehr compromittirende Papiere aufgefunden.

Newyork, 19. Januar. Die elektrischen Bahnen haben unter dem Schutze der Bürgerwehr heute den Betrieb wieder aufgenommen. 3000 Mann mit Gatling-Kanonen wurden an den Linien aufgestellt. Obgleich die streikenden Arbeiter eine drohende Haltung einnehmen, ist bis jetzt kein Zusammenstoß erfolgt.

Newyork, 20. Januar. Dem Volksschen Bureau wird gemeldet: Gestern Abend wurde die Miliz berufen, um die Menge bei den Wagendepots der Tramways in Brooklyn zu vertreiben. Die Menge warf mit Steinen und anderen Gegenständen, als die Miliz mehrmals zum scharfen Angriff vorging. Es regnete Geschosse von den Dächern und den Bögen der Hochbahn. Viele Milizleute und Reuterer wurden verwundet. Die Cafés sind geschlossen. Die Depots militärisch besetzt. Abgeschnittene Telegraphen- und Telephondrähte gefährden die Fußgänger. Heute verkehren die Omnibusse. Die Nachmittags stattgehabte Zusammenkunft von Vertretern der Omnibus-Tramway-Gesellschaften und Angestellten erzielte keine Einigung. Die Unruhen dauern fort.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 19. Januar. Todesfälle. 1. Frieda, E. des Töpfers Heinrich Müde, 7 W. — Arbeiterwitwe Pauline Martide, geb. Hadon, 48 J. — Privatier Louis Freund, 70 J. — Carl, S. des Schneidermeisters Carl Maruske, 5 J. — Ernst, S. des Volksschullehrers Richard Kunze, 4 W. — Alfred, S. des Eisenbahn-Betriebs-Secretär Hermann Walde, 2 J. — Alfred, S. des Haushalters Josef Kaufsch, 11 M. — Marie, E. des Arbeiters Carl Fiebig, 3 J. — Kaufmann Ludwig Treuenschels, 54 J. — Kaufmannswitwe Ida Wustro, geb. Richter, 71 J. — Carl, S. des Kellermeisters Gustav Reyner, 12 W. — Ida, E. des Arbeiters Friedrich Fanta, 3 J. — Mechaniker Georg Krause, 35 J. — Georg, S. des Bahnmeisters A. D. August Bente, 7 J. — Böttchermeister Wilh. Vogel, 46 J. — Dienstmädchen Marie Pfeifel, 34 J. — Hl. Dienstmädchen Anna Reimann aus Quaklar, Kreis Schweidnitz, 25 J. — Ernst, S. des Arbeiters Franz Nischke, 9 M. — Fräulein Bader und Handelsmann Alexander Kaschner, 51 J. — Max, S. des Arbeiters Josef Schwach, 3 J. — Pauline, E. des Arbeiters Martin Drag, 2 W. — Telegraphenarbeiter Ewald Blume, 29 J. — Rärner Ferdinand Leipe, 30 J. — Fritz, S. des Tischlers Gustav Rateme, 2 J. 6 M. — Gertrud, E. des Hilfsarbeiters Friedrich Gohm, 3 J. 4 M. — Rärchnermeister Ewald Heilig, 47 J. — Tischlermeister Carl Großer, 58 J. — Alfred, S. des Arbeiters Josef Richter, 7 M. — Handhuhnhälterin Pauline Gähler, 30 J. — Elisabeth, E. des Bauschalters Ludwig Raif, 6 W.

Briefkasten der Expeditions.

Für den Postkasten gingen ein: Von den freien Vereinen der in der Stadt und Umgebung der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen durch Gustav W. Karl Tietze, Betreuer.

Stadt-Theater.

Montag:
„Tristan und Isolde.“
Dienstag:
Zum 2. Male:
„Das Recht zu lieben.“

Lobe Theater.

Montag:
„Zum wöchentlichen Zweck.“

Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)

Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Neustadt D. Schl.

Große
Volksversammlung
Montag, den 28. Januar 1895
Abends 8 Uhr
im großen Saale des Brauereibeholders
Herrn Dieblisch.
Tagesordnung: Die Kunstvorlage.
Referent Genosse: Frau Feldmann.
Umbielau. Der Einberufer.

Prof. Gottstein'sche Poliklinik

für Hals-, Nasen- und Ohrenkranke,
an deren Leitung ich seit mehr als 10 Jahren theilhaftig bin, wird von mir unverändert fortgeführt.
Sonnenstrasse 20, H. I.
Sprechstunden: 4-5 Uhr Nachm.
Dr. Rich. Kayser.

Arac, Rum, Cognac

Ich importiere ein großes und ein detailliertes
Punsch u. Glühweinextracte,
Banana-, Ananas-, Burgunder-,
Kaiser-Wein- u. Punsch,
Original- und Tafel-Liqueure
Königsberger Klosterbitter,
3871 Mandarinensinger,
Benedictiner,
Chartreuse, Curacao u.
„Nachod“
Rosen- und Cholera-Bitter,
bekannt durch seine raschen Eigenschaften,
alten Breslauer Korn mit Weissbrot,
Johannisbeerwein,
Blauweinstein, Süss u. Rostisch
empfehle

Hermann Seldel

BRESLAU, Ring 27.
Telephon No. 8.
Verkaufsstellen: Im Kaufhaus im
Gensler, im Comptoir im Hof.

Die besten und haltbarsten Hochalter

Lebertholen liefern zu bekannt billigen Preisen
G. Knauerhase
Rennmarkt 45, 5006
Ecke Kupferschmiedestraße.

Farin

Beste, Pfd. 20-22 Pfg.
Kaffee, Carlshof's Milchpulver, unüberwunden,
von großartigen Geschmack,
Pfd. 1,60 Pfd. 3434
andere Sorten, von 1,20-1,80 Pfd.
Feinstes Backmehl, Pfd. 20 Pfg.
Grob- u. feines Mehl, Pfd. 20 Pfg.
Pfeffer u. Erbsen, gut sort., Pfd. 10 Pfg.
Erbsen, gekocht, und Hirse, Pfd. 12 Pfg.
Kraut, per Pfd. von 10 Pfg. an
Süßer Reis, Pfd. 14 Pfg.
V. weißer Reis, Pfd. 18 Pfg.
Leinöl, Pfd. 70 Pfg.
Speiseöl, Pfd. 58 Pfg.
Eingelegte Schnittkäse, mit
günstiger Gewürze billig.
E. Adamy, Kettstr. 99,
Eckstr. 1.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und überaus zahlreiche Bethheiligung an der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.
3460
Heinrich Jahn.

Sozialdemokratischer Verein

für Breslau und Umgegend.
Montag, den 21. Januar 1895, Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal zu den „3 Tauben“, Neumarkt 5.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Anträge.
Der Vorstand.
NB. Die ordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, den 27. Januar 1895, in Villa Siebich statt.

Thalia-Theater.

Erste
Volks-Vorstellung.
Montag, den 28. Januar or., Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe
von Fr. v. Schiller.

Preise der Plätze: I. Rang 70 Pf., Parquet und Balcon 60 Pf.,
Sperrsitz 50 Pf., II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.
Der Billet-Verkauf findet jeden Abend von 7-10 Uhr im Restaurant
zum „weissen Hause“, Schmiedebrücke 51, statt. Die Commission.

Geschäfts-Übernahme.

Einem verehrten Publikum der Mittel- u. Vorstadt zur Nachricht, daß ich die Reparaturen von Herrn Galle, Andersjohannstr. Nr. 4 übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch. Es wird mein Bestreben sein, meine werthen Gäste nach jeder Richtung hin zufrieden zu stellen. Achtungsvoll
3457
W. Menzel, Andersjohannstr. 4

Das platte Land u. die Socialdemokratie.

Von Emil Giffner.
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.
Nach immer herrscht in unserer Bevölkerung ein Mangel an brauchbaren Schriften für die Landbevölkerung; in vorliegender Schrift giebt uns der Verfasser in zwölf Kapiteln in populärer Darstellung Klarheit über die wirtschaftliche Entwicklung des platten Landes, Einfluß in den complicirten Maschinenbau des landlichen Wirtschaftsgetriebes und legt dar, warum es nicht angeht, die industriellen Maschinen einfach auf das platte Land zu übertragen. Die kleine Schrift kann den Genossen aufs Beste empfohlen werden.
Zu beziehen durch die Expedition d. Blattes.

Handwerker- u. Arbeiter-Votizkalender

für das Jahr 1895. — 17. Jahrgang.
Verlag von Wörlein & Co. in Nürnberg.
Preis I. Qualität 75 Pfg., gewöhnliche Ausgabe 50 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art

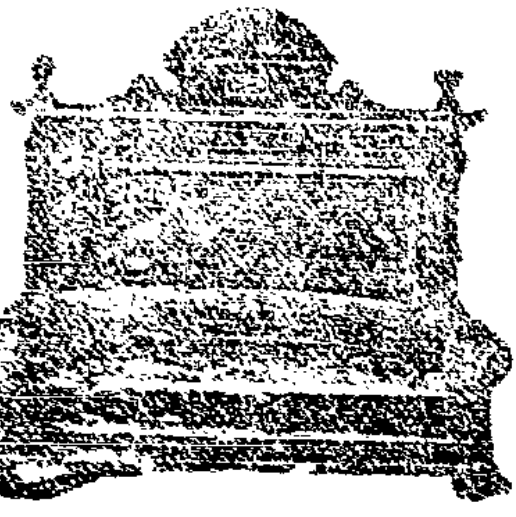
mit selbstgeherbrannter
Control-Mark
Ausgegeben v. d. Central-Commission d. deutschen Schneider u. Schneiderinnen S.M.Z. Berlin
Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei

V. Liepelt, Confectionshaus „Solidarität“

Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,
Ecke Neue Weltstraße.
Bestellungen nach Maß werden im kurzen Zeit mit großer Sorgfalt und Genauigkeit in 24 Stunden bei Ihren Vorstellungen zu bewilligen und gegenwärtig Sachverständigen zu thun. Arbeiter, Schneider, es gilt für uns das vernünftige oder Systeme die doppelte Ausbeutung zu bekämpfen!
Die Central-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen
in Berlin.

5 Pf. Sumatra-Cigarren

Sumatra-Deckblatt und Carmen-Blatt
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 Stk. 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachahmung 3188
Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Kirschner
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Odeorbahnhof.
Zulagen: Schrotgasse 1, Hummerlei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 4,
Klosterstraße 28a, Schmiedebrücke 47.
Geschnittene und ungeschnittene amerikanische Rippen offerire u. s. w.



Sopha

3075
gut und dauerhaft gearbeitet, von 18 Mark an, polierte Bettstellen mit Matratze und Kissen von 27 Mk. an. Schränke, Tische, Spiegel, Küchenmöbel billigt
Kirch-Strasse Nr. 22,
Schindler, Tapezierer.

Wie klage ich
Ein Rathgeber vor dem
für Arbeiter dem Gewerbe-Gericht?
in gewerblichen Streitigkeiten.
Vorrätzig in der Expedition dieses Blattes.

Georg Dienstfertig

Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft

Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
empfiehlt sein reichhaltigstes Lager in
Ableiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Julettz,
Herren- und Damen-Wäsche
sowie fertige Confection 2746
zu fabelhaft billigen aber streng festen Preisen.
Größte Auswahl in Arbeiter-Hosen, -Hemden und -Blousen.
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

Um Irrthum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich mein
Sarg-Magazin nur
Gräbschenerstrasse 40
neben der Holtei-Apotheke befindet.
Empfehle mein großes Lager von Särgen zu billigsten Preisen.
Th. Muszynski,
Tischlermeister.

Wichtig für Raucher!

Cigarren

3 Stk. 10 Pfg., 100 Stk. 5 Mk.
empfiehlt
Louis Schröter
Cigarrenfabrik
Friedrichstraße 64, vi-a-viader
Zimmerstraße.

Kaffee! Kaffee!

Beste frisch gebr., das Pfd. 140 160 Pfg.
Getreide-Coffee, das Pfd. 12 Pfg.
Bester weißer Java, das Pfd. 20 Pfg.
Beste Schweizer, das Pfd. 55 Pfg.
Bester Syrup, das Pfd. 15 Pfg.
Beste Vanille-Rosen-Seele, d. Pfd. 20 Pfg.
Jamaika-Rum, 1 Liter 100 Pfg.
Bestes Weizenmehl 00, das Pfd. 11 Pfg.
Bestes Petroleum, 1 Liter 15 Pfg.
Otto Ogrowsky jr.,
4,5 Große Grosseingasse 4,5.

Polster-Werg

Kopfkissen, Axente, Indischer, Alpen-
werg, Segen, Federn, Möbelschmuck,
Gewebe, Bindfäden, Stränge, Seile,
Büchlein, Hängematten, Reste.
Lafchen empfiehlt billigt 3370

Neue Heringe

Ring 46, im Hofe. 3417

Musik-Instrumente.

in Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielböden zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
K. Cohn, Kupferschmiedestr. 17.

Cigarren

in nur guten Qualitäten in jeder Preis-
lage empfiehlt
K. Schindler,
Kloster-Strasse Nr. 30.

„Glühlichter.“

Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt.
Zur Ausgabe gelangt Nr. 134.
Preis 10 Pfg.

Vereins-Kalender.

Breslau.
Dienstag, den 22. Januar:
Kranken-Unterstützungs-
Bund der Schneider-Deutsch-
lands. (E. G. Braunschweig). Abds.
8 Uhr: Kaffeeabend im Gasthaus
„zum roten Löwen“, Kupferschmiede-
straße 21. Gönne willkommen
Aufnahme neuer Mitglieder.
Gefangenen der Stein-
wegen. Abds. 1/2 8 Uhr: Hebung
der ume lästigen Dirigenten
in Habel's Lotz' keine Grosseingasse 15